

20. Bundesdelegiertenversammlung

Antragsmappe

**zur 20. Bundesdelegiertenversammlung
der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission zur
20. Bundes-delegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU
Deutschlands am 28.-29. August 2025 in Magdeburg

20. Bundesdelegiertenversammlung

A

Magdeburger Memorandum

**20. Bundesdelegiertenversammlung
der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission zur
20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU
Deutschlands am 28.-29. August 2025 in Magdeburg



Magdeburger Memorandum

**Politische Perspektiven
der Senioren-Union 2025**

Präambel

1

2 **Stimme der älteren Generation**

3 Die Senioren-Union ist die Stimme der älteren Generation in der CDU und in der Gesellschaft unseres
4 Landes. Die heute Älteren haben Deutschland und Europa nach Krieg, Teilung und Wiedervereinigung
5 neu aufgebaut und geprägt.

6 **Europa als historischer Erfolg**

7 Dabei zählt das Zusammenwachsen der europäischen Staaten zu einer demokratischen Friedens-, Si-
8 cherheits-, Werte-, Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft zu den wertvollsten und wichtigsten Ent-
9 wicklungen der Nachkriegsgeschichte.

10 Die Senioren-Union verfolgt mit tiefer Besorgnis, dass diese großen Errungenschaften des 20./21.
11 Jahrhunderts durch manchen Rückfall in radikales nationalstaatliches Denken gefährdet werden könn-
12 ten.

13 **Klarer Kurs in unsicheren Zeiten**

14 Unsere Zeit ist geprägt von tiefgreifenden Herausforderungen. Unter dem Eindruck schrecklicher
15 Kriege in der Welt und in Europa, angesichts unverhohlener militärischer Bedrohung und in einer Zeit
16 wichtiger politischer Entscheidungen, in der die CDU wieder in Führungsverantwortung steht, wollen
17 wir als Senioren-Union der CDU Deutschlands starke Zeichen gegen rechts- und linksextreme Parolen
18 und Ideologien setzen.

19 Der rasante technologische Fortschritt – mit Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz – fordert Ant-
20 worten auf viele neue ethische, soziale und gesellschaftspolitische Fragen.

21 Der demografische Wandel mit gravierenden generationenübergreifenden Auswirkungen stellt die
22 Gesellschaft vor große Herausforderungen – nicht nur in Bezug auf die Gewährleistung gesicherter
23 Altersversorgung dieser und kommender Generationen.

24 **Miteinander der Generationen als Chance**

25 Die Senioren-Union sieht in einem aktiven und lebendigen Miteinander von Jung & Alt, mit dem
26 Schwung und dem Mut der Jugend, ergänzt und verbunden durch das Wissen und die Lebenserfah-
27 rung der Älteren, reiche Chancen für eine Gesellschaft, in der alle Altersgruppen mit Respekt und
28 Wertschätzung zusammenleben.

29 **Politik auf Grundlage christlicher Werte**

30 Die Senioren-Union will – getragen vom christlichen Menschenbild – eine Politik mitgestalten, die auf
31 den Grundlagen der Menschenrechte, der Demokratie, der Freiheit, des Friedens sowie der Solidarität
32 und Gerechtigkeit beruht.

33 **1. Die Rolle der älteren Generation in Familie und Gesellschaft**

34 Die ältere Generation spielt eine tragende Rolle im familiären und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
35 Seniorinnen und Senioren sind nicht nur Träger von Lebenserfahrung und Wertebewusstsein, sondern
36 auch aktive Unterstützerinnen und Unterstützer junger Familien im Alltag. Ihre Rolle als Großeltern
37 reicht weit über gelegentliche Hilfe hinaus: Sie wirken im Ehrenamt, entlasten berufstätige Eltern,
38 stärken die sozialen Bindungen innerhalb der Familie und tragen zur Weitergabe von Normen, kultu-
39 rellem Wissen und emotionaler Stabilität bei. In einer zunehmend individualisierten Gesellschaft be-
40 wahren sie das Prinzip generationsübergreifender Solidarität.

41 **Gesellschaftlicher und sozialpolitischer Wert familiärer Einbindung**

42 Die Einbettung älterer Menschen in den Familienverbund ist nicht nur Ausdruck menschlicher Nähe,
43 sondern auch sozialpolitisch von hohem Wert. Sie fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und

44 unterstützt zugleich das Sozialsystem durch Übernahme von Pflegeleistungen in häuslicher Pflege.
45 Die Senioren-Union unterstützt deshalb eine Politik, die familiären Zusammenhalt fördert, generatio-
46 nenübergreifendes Zusammenleben erleichtert und die Rolle der Älteren in der Familie gezielt stärkt.

47 **Gleichberechtigte Teilhabe**

48 Wir wollen erreichen, dass alte Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen und politischen Le-
49 ben teilnehmen können.

50 **Notwendigkeit tragfähiger Rentenreformen**

51 Vor dem Hintergrund steigender Lebenserwartung und sich wandelnder Erwerbsbiografien braucht es
52 tragfähige, solide finanzierte Rentenreformen, die von der Gesellschaft mitgetragen werden. Eine sol-
53 che Rentenpolitik muss den Lebensleistungen der älteren Generationen gerecht werden. Wer ein Le-
54 ben lang gearbeitet, Kinder erzogen und zum Gemeinwohl beigetragen hat, muss im Alter ein aus-
55 kömmliches und selbstbestimmtes Leben führen können. Altersbezüge müssen Sicherheit bieten, Al-
56 tersarmut ausschließen und eine würdevolle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

57 Ein flexibles Renteneintrittsalter, das sich an Lebensarbeitszeit und Lebenserwartung orientiert,
58 schafft Spielräume für individuelle Lebensmodelle und Lebenslagen. Gleichzeitig müssen Renten wirk-
59 sam vor Inflation geschützt sein.

60 **Stärkung der Eigenvorsorge**

61 Die Senioren-Union fordert die vollständige Abschaffung der doppelten Beitragszahlungen bei Be-
62 triebsrenten und Direktversicherungen. Diese unfaire Belastung benachteiligt Menschen, die eigen-
63 verantwortlich für das Alter vorsorgen, und wirkt der Verbreitung betrieblicher Altersvorsorge entge-
64 gen. Die Alterssicherung soll stabil auf mehreren Säulen beruhen: Die gesetzliche Rentenversicherung
65 bleibt tragendes Element, muss jedoch wirksam durch zusätzliche private und betriebliche Vorsorge
66 ergänzt werden. Die Förderung berufsständischer Versorgungswerke ist ein wichtiger Baustein zur
67 Absicherung jeweiliger Erwerbsbiografien.

68 **Generationenübergreifende Solidarität als Leitprinzip**

69 Die Rentenlasten dürfen nicht einseitig auf die Schultern der jungen Generation gelegt werden. Es
70 braucht ein ausgewogenes System, das der demografischen Realität Rechnung trägt, die Verantwor-
71 tung auf breite Schultern verteilt und die Solidarität zwischen den Generationen sichert. Die Senio-
72 ren-Union steht für eine Rentenpolitik, die nachhaltig, solidarisch und gerecht ist – im Interesse aller
73 Generationen.

74 **2. In Sicherheit leben**

75 Deutschland als Rechtsstaat schützt die Würde jedes Einzelnen und das Recht auf freie Entfaltung sei-
76 ner Persönlichkeit. Voraussetzung für Frieden und Freiheit ist die Innere und Äußere Sicherheit.

77 Sicherheit muss man fühlen können. Sie beginnt an der Haustür, in den eigenen vier Wänden, im All-
78 tag und in der Nachbarschaft. Unser Sozialstaat gibt Sicherheit in Lebensrisiken, leistet Hilfe zur
79 Selbsthilfe, eröffnet Teilhabe und Eigenverantwortung. Die Senioren-Union setzt auf eine Gesell-
80 schaft, in der Menschen aufeinander achten.

81 **Innere Sicherheit als Grundlage für ein sicheres Leben im Alltag**

82 Die Senioren-Union steht fest an der Seite derjenigen, die täglich unsere Sicherheit vor Ort gewähr-
83 leisten und schützen. Unsere Polizei verdient Vertrauen, Wertschätzung und beste materielle- und
84 finanzielle Ausstattung im Kampf gegen Kriminalität jeder Art, die tief in das Sicherheitsgefühl der
85 Opfer einschneidet. Wir wollen, dass Ordnungskräfte noch sichtbarer auf Straßen und Plätzen unter-
86 wegs sind, sowohl in der Stadt als auch in ländlichen Räumen. Der Einsatz intelligenter Videosicher-
87 heitstechnik an Gefahrenorten muss ausgebaut werden und die Speicherung von relevanten Daten
88 unbürokratisch erfolgen.

89 Zur Inneren Sicherheit zählt die Senioren-Union auch einen leistungsfähigen Zivil-, Katastrophen- und
90 Bevölkerungsschutz, der gestärkt und den modernen Erfordernissen angepasst werden muss. Dies gilt
91 auch für die Rettungskräfte der verschiedenen Hilfsorganisationen.

92 **Äußere Sicherheit und die Rolle der Bundeswehr im 21. Jahrhundert**

93 Die Äußere Sicherheit für Deutschland und Europa ist seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukra-
94 ine nicht mehr selbstverständlich gewährleistet. Der brutale und völkerrechtswidrige Krieg hat die eu-
95 ropäische und nordatlantische Sicherheitsarchitektur schwer erschüttert.

96 Die Senioren-Union setzt sich nachdrücklich dafür ein, die Abschreckungs- und Verteidigungsfähig-
97 keit der Europäischen Union und der NATO zu erhalten und nachhaltig zu stärken. Wir fordern eine
98 verteidigungsbereite und kampffähige Bundeswehr, die den Bedrohungen des 21. Jahrhunderts die
99 Stirn bieten und unser Land im Rahmen westlicher Verteidigungsbündnisse zuverlässig schützen und
100 verteidigen kann.

101 Wir wollen die Bundeswehr stärken und bringen unseren Soldatinnen und Soldaten sowie den zivilen
102 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Streitkräfte besondere Wertschätzung entgegen. Sie sichern in
103 Deutschland seit mehr als 75 Jahren erfolgreich Frieden, Freiheit und Sicherheit. Die Senioren-Union
104 setzt sich ausdrücklich für die Sicherstellung des erforderlichen Personalumfangs ein, z.B. im Rahmen
105 einer modifizierten Wehrpflicht. Materielle- und finanzielle Ausstattung der deutschen Streitkräfte
106 müssen jederzeit den maßgebenden Erfordernissen entsprechen.

107 **3. Bildung und Qualifikation -**

108 **Lebenslanges Lernen als Grundlage für Teilhabe**

109 Bildung und Weiterbildung enden nicht mit dem Renteneintritt, lebenslanges Lernen ist der Schlüssel
110 zu Teilhabe, Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Mitwirkung – gerade im Alter. Die Senioren-
111 Union setzt sich für eine Bildungspolitik ein, die Seniorinnen und Senioren aktiv einbindet, ihre vielfäl-
112 tigen Potenziale anerkennt und fördert. Bildung stärkt nicht nur Selbstvertrauen, sondern auch die
113 Fähigkeit, neue Herausforderungen zu bewältigen – sei es im Alltag, im Ehrenamt oder in der digitalen
114 Welt.

115 **Bedarfsgerechte Bildungsangebote für Ältere**

116 Lebenslanges Lernen muss selbstverständlich sein. Es ermöglicht älteren Menschen, am gesellschaftli-
117 chen Leben teilzuhaben und sich mit technischem Fortschritt auseinanderzusetzen. Bildungsangebote
118 für Seniorinnen und Senioren müssen sich an deren spezifischen Bedürfnissen, Präferenzen und Kom-
119 petenzen orientieren und stärker gefördert werden. Die Zusammenarbeit mit Volkshochschulen,
120 freien Bildungsträgern und kommunalen Initiativen ist auszubauen. Alle Bildungsangebote müssen
121 wohnortnah, barrierefrei und niedrighschwellig sein.

122 Immer mehr ältere Menschen bleiben länger im Erwerbsleben. Qualifikation und Weiterbildung älte-
123 rer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer u.a. durch steuerfreie oder subventionierte Fortbildungen
124 sichern nicht nur die Beschäftigungsfähigkeit. Die Senioren-Union befürwortet daher gezielte Pro-
125 gramme, die auch den demografisch bedingten Fachkräftemangel mindern können.

126 **Digitale Teilhabe fördern**

127 Die zunehmende Verlagerung vieler Lebensbereiche in den digitalen Raum mit Unterstützung durch
128 künstliche Intelligenz (KI) stellt für viele ältere Menschen eine Hürde dar. Digitale Kompetenzen sind
129 heute Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe – vom E-Government über Onlinebanking
130 bis zur digitalen Gesundheitsversorgung. Die Senioren-Union fordert daher bundesweite Programme
131 zur digitalen Bildung für Ältere, die praxisnah, verständlich und lokal verankert sind. Neben solchen
132 Schulungen braucht es weitere Unterstützungsangebote wie Digitallotsen, die Seniorinnen und Senio-
133 ren im Umgang mit digitalen Geräten und bei diversen Anwendungen begleiten.

134 Das Recht auf analoges Leben darf grundsätzlich nicht in Frage stehen.

135 **Aufklärung über digitale Risiken**

136 Gleichzeitig müssen ältere Menschen laufend über Risiken im digitalen Raum aufgeklärt werden. Cy-
137 berkriminalität, Desinformation und sogenannte „Fake News“ beeinflussen besonders ältere Zielgrup-
138 pen, die mit digitalen Manipulationen weniger vertraut sind. Die Senioren-Union fordert Aufklärungs-
139 kampagnen, die transparent, verständlich und alltagsnah über die Gefahren und Schutzmöglichkeiten
140 im Netz informieren.

141 **4. Städtische Region oder Ländlicher Raum**

142 **als Lebens- und Wohnort für Ältere**

143 Seniorengerechtes Wohnen ist Grundvoraussetzung für Teilhabe und Lebensqualität im Alter.

144 Die Senioren-Union fordert mehr bezahlbare, barrierefreie Wohnungen und flexible Tauschmodelle.

145 Der Staat muss Bauen einfacher, schneller und günstiger machen. Dazu setzen wir auf sozialen Woh-
146 nungsbau, Eigentumsförderung und durchgreifende Entbürokratisierung.

147 Für die Senioren-Union spielt der ländliche Raum eine zentrale Rolle sowohl als Wohnumfeld als auch

148 für die Entwicklung nachhaltiger Landwirtschaft. In vielen Regionen ist der ländliche Raum nicht nur

149 Wohnort, sondern sozialer und kultureller Lebensraum von großer Bedeutung.

150 **Warum ältere Menschen bewusst im ländlichen Raum leben**

151 Viele ältere Menschen leben bewusst im ländlichen Raum, sei es, weil sie dort aufgewachsen sind, fa-
152 miliäre Bindungen haben oder die Ruhe und Naturverbundenheit schätzen. Der ländliche Raum bietet

153 oft bezahlbaren Wohnraum und eine enge Nachbarschaftsstruktur, die sozialer Isolation im Alter ent-
154 gegenwirken kann. Gleichzeitig steht diese Bevölkerungsgruppe jedoch vor Herausforderungen wie

155 der eingeschränkten Mobilität, mangelnder medizinischer Versorgung und verminderter Teilhabe-
156 möglichkeiten.

157 **Ziel: Eine altersfreundliche Infrastruktur**

158 Die Senioren-Union will eine gleichwertige seniorengerechte, altersfreundliche Infrastruktur in Stadt
159 und Land erreichen. Dazu gehören wohnortnahe medizinische Versorgung, gute Erreichbarkeit durch
160 den öffentlichen Personennahverkehr, barrierefreie Einrichtungen sowie der Ausbau mobiler Gesund-
161 heits- und Pflegeangebote. Der Zugang zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge darf nicht vom Woh-
162 nort abhängen. Auch in dünn besiedelten Regionen müssen Apotheken, Arztpraxen, Nahversorger
163 und digitale Angebote verfügbar sein.

164 Die ländlichen Gebiete sind das Rückgrat der landwirtschaftlichen Produktion. Eine nachhaltige Land-
165 wirtschaft, die Umwelt-, Klima- und Tierschutz berücksichtigt, ist eng mit dem ländlichen Raum ver-
166 knüpft. Sie bietet nicht nur Arbeitsplätze, sondern trägt zur Versorgungssicherheit, zur Erhaltung der
167 Kulturlandschaft und zur Biodiversität bei. Zudem spielt sie eine wachsende Rolle bei der regionalen
168 Wertschöpfung und der Entwicklung kurzer Lieferketten.

169 **Eine zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik für den ländlichen Raum**

170 Die Landwirtschaft sichert als zentrales Fundament die Versorgung mit Lebensmitteln, pflegt unsere
171 Kulturlandschaften, bewahrt natürliche Ressourcen und trägt maßgeblich zur wirtschaftlichen Stabili-
172 tät von Handwerk und Mittelstand im ländlichen Raum bei. Gerade in Zeiten geopolitischer Spannun-
173 gen, gestörter Lieferketten und globaler Ernährungskrisen gewinnt die Bedeutung einer leistungsfähi-
174 gen und zugleich nachhaltigen Landwirtschaft weiter an Gewicht. Die Senioren-Union setzt sich des-
175 halb für eine Landwirtschaftspolitik ein, die Ernährungssicherheit, ökologische Verantwortung und
176 regionale Wertschöpfung nachhaltig miteinander vereint.

177 **5. Gesundheits-, Pflege- und Betreuungswesen zukunftsfest ma-** 178 **chen**

179 **Stärkung des dualen Systems**

180 Unser Gesundheits- und Pflegewesen sichert den Menschen in Deutschland eine umfassende medizi-
181 nische Versorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Grundlage ist das bewährte duale Sys-
182 tem aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung, das wir erhalten und stärken wollen. Die Seni-
183 oren-Union setzt sich für eine wohnortnahe, bezahlbare und qualitativ hochwertige Gesundheits- und
184 Pflegeversorgung ein – besonders im Hinblick auf den demografischen Wandel.

185 **Gesundheitskompetenz wichtige Grundlage**

186 Wissen, Motivation und Fähigkeiten relevante Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen, zu
187 beurteilen und anzuwenden spielt bei der Gesunderhaltung und Krankheitsbewältigung eine bedeu-
188 tende Rolle. Die Senioren-Union will, dass diesem wichtigen Gebiet mehr Beachtung geschenkt wird.

189 **Gesundheitsversorgung als Teil der Daseinsvorsorge**

190 Gesundheitsversorgung ist aus unserer Sicht ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sie muss
191 allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglichen, unabhängig von Wohnort, Ein-
192 kommen, Alter oder Pflegebedarf.

193 **Stärkung der haus- und fachärztlichen Versorgung**

194 Die Hausarztpraxis bleibt für uns die erste Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten. Sie ist zu er-
195 gänzen durch wohnortnahe fachärztliche Angebote, eine gesicherte Notfallversorgung sowie eine flä-
196 chendeckende, qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Krankenhausstruktur. Dabei soll die Pla-
197 nungshoheit der Bundesländer erhalten bleiben. Einer stationären Behandlung in Grund- und Regel-
198 versorgung soll eine ambulante Weiterversorgung durch den Hausarzt folgen.

199 **Nachhaltige Krankenhausversorgung im ländlichen Raum**

200 Eine nachhaltige Krankenhausversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, ist für die Senioren-
201 Union von zentraler Bedeutung. Ältere Menschen haben häufig komplexe medizinische Bedürfnisse,
202 die spezialisierte Versorgungsangebote und Fachkräfte erfordern. Lange Wege zu geeigneten Kliniken
203 dürfen kein Hindernis sein. Geriatriische und interdisziplinäre Abteilungen müssen flächendeckend
204 zur Verfügung stehen. Nachhaltigkeit bedeutet auch: Stärkung der Prävention und Gesundheitsförde-
205 rung, etwa durch regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen zur frühzeitigen Erkennung von Risiken.
206 Krankenhäuser sind soziale Ankerpunkte, gerade für ältere Menschen. Die Nähe zu Familie und ver-
207 trauter Umgebung fördert die Genesung und verhindert soziale Isolation. Bestehende Einrichtungen
208 müssen erhalten und zukunftssicher weiterentwickelt werden. Eine intelligente Vernetzung von Klini-
209 ken, Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten ist dabei entscheidend.

210 **Digitale Chancen im Gesundheitswesen nutzen**

211 Digitale Anwendungen wie E-Rezept, Telemedizin, elektronische Patientenakte und Künstliche Intelli-
212 genz bieten große Chancen. Sie müssen nutzerfreundlich, datensicher und flächendeckend ausgebaut
213 werden. Niemand darf durch den digitalen Wandel ausgeschlossen werden. Ältere Menschen brau-
214 chen bei der Nutzung digitale Unterstützung – auch in Alten-, Pflege- und Krankeneinrichtungen –
215 z. B. durch sogenannte Digitallotsen.

216 **Psychische Gesundheit stärken**

217 Psychische Gesundheit verdient mehr Aufmerksamkeit. Die Senioren-Union setzt auf Prävention,
218 frühzeitige Diagnostik und ganzheitliche Versorgung. Einsamkeit und Altersdepression nehmen zu
219 und erfordern bessere psychosoziale Hilfsangebote. Wir fordern einen Ausbau ambulanter und statio-
220 närer Therapieangebote.

- 221 **Klare Haltung gegen Drogenmissbrauch und Suchtgefahren**
222 Die Senioren-Union spricht sich klar gegen eine Freigabe und Legalisierung von Drogen aus. Wir wol-
223 len unsere Gesellschaft vor Drogenkonsum und Suchtgefahren schützen. Der Missbrauch insbeson-
224 dere von Alkohol, Nikotin und verschreibungspflichtigen Medikamenten ist ein wachsendes Problem
225 auch bei älteren Menschen. Dieser Entwicklung muss dringend Einhalt und Betroffenen Hilfe geboten
226 werden.
- 227 **Medizinisches Personal sichern und fördern**
228 Die Sicherung und der Ausbau der ärztlichen Versorgung erfordern gezielte Strategien zur Gewinnung
229 von Ärztinnen, Ärzten und medizinischem Fachpersonal. Wir fordern mehr Studienplätze für Human-
230 medizin, eine gezielte Förderung von Landarztprojekten und eine bessere Bezahlung für alle Berufs-
231 gruppen im Gesundheitswesen.
- 232 **Stabile Arzneimittelversorgung gewährleisten**
233 Eine stabile Arzneimittelversorgung benötigt eine gesicherte Vorratshaltung und weniger Abhängig-
234 keit von internationalen Lieferketten. Die inländische pharmazeutische Produktion muss gestärkt
235 werden, um Deutschland als leistungsfähigen Standort zu sichern.
- 236 **Präsenzapotheken als wichtige Anlaufstelle**
237 Präsenzapotheken bleiben für uns unverzichtbar. Sie stellen die wohnortnahe Versorgung mit Medika-
238 menten sicher und bieten mit qualifiziertem Personal persönliche Beratung und wichtige Informatio-
239 nen zur Gesundheit. Diese tragenden Säulen der Daseinsvorsorge gilt es zu erhalten und zu fördern.
- 240 **Pflege zukunftssicher gestalten und weiterentwickeln**
241 Die Pflegeversicherung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell der Sozialpolitik. Angesichts demografi-
242 scher und gesellschaftlicher Veränderungen braucht es jedoch einen umfassenden gesellschaftlichen
243 Dialog über dieses zentrale Zukunftsthema. Unser Ziel wird es sein, die Versorgung pflegebedürftiger
244 Menschen dauerhaft verlässlich und bezahlbar zu gestalten. Die Senioren-Union wird sich auf allen
245 Ebenen aktiv in diesen Prozess einbringen.
- 246 **Pflege menschlich, finanziell und organisatorisch absichern**
247 Die Senioren-Union fordert mit Nachdruck, die Pflege zukunftsfest zu machen – menschlich, finanziell
248 und organisatorisch. Die Sicherung der häuslichen und stationären Pflege ist von herausragender ge-
249 sellschaftspolitischer Bedeutung. Pflege darf kein Armutsrisiko sein. Sie muss menschlich gestaltet
250 sowie finanziell und organisatorisch besser aufgestellt werden.
- 251 **Solidarische Pflegefinanzierung ausbauen**
252 Die Senioren-Union setzt bei der Finanzierung auf einen solidarischen Mix aus gesetzlicher Pflegever-
253 sicherung, betrieblicher Mitfinanzierung, Steuermitteln und eigenverantwortlicher Vorsorge. Bezahl-
254 bare Pflegezusatzversicherungen können dabei entstehende Finanzierungslücken schließen.
- 255 **Selbstbestimmung und familiäre Pflege fördern**
256 Pflegebedürftige Menschen haben ein Recht auf Selbstbestimmung und eine qualitativ hochwertige,
257 würdevolle Versorgung. Der Wunsch vieler Menschen, zuhause oder im familiären Umfeld gepflegt zu
258 werden, muss stärker berücksichtigt werden.
- 259 **Pflegende Angehörige stärken**
260 Wir wollen, dass pflegende Angehörige gestärkt werden. Pflegende Angehörige sind eine tragende
261 Säule unseres Pflegesystems. Ihr selbstloser Einsatz verdient Respekt, Anerkennung und vor allem
262 konkrete Unterstützung. Deshalb fordert die Senioren-Union eine bessere Zusammenarbeit zwischen
263 Familien, Pflegeeinrichtungen, hauptamtlichen Pflegekräften und ehrenamtlichen Helfern. Die Ver-
264 einbarkeit von Pflege und Beruf muss spürbar verbessert werden.

265 **Pflegeberufe attraktiver machen**

266 Wir unterstützen als Senioren-Union alle Bestrebungen, den Fachkräftemangel in der Pflege zu be-
267 kämpfen und Pflegeberufe attraktiver zu machen. Eine zukunftsfeste Pflege braucht engagierte Men-
268 schen in allen Pflegeberufen. Um dem Personalnotstand entgegenzuwirken, setzen wir uns u. a. ein
269 für

- 270 - attraktivere Arbeitsbedingungen,
- 271 - planbare Einsatzzeiten,
- 272 - berufliche Entwicklungsmöglichkeiten,
- 273 - neue Berufsbilder und
- 274 - gezielte Fachkräftegewinnung im In- und Ausland.

275 **Pflege entbürokratisieren und Zeit für Menschen schaffen**

276 Vorrangig müssen Bürokratiehürden abgebaut werden, damit wieder mehr Zeit für die direkte Pflege
277 bleibt.

278 **Politik muss jetzt handeln**

279 Die Senioren-Union fordert zu sofortigem Handeln auf: Pflegende Angehörige brauchen klare Per-
280 spektiven und verlässliche Konzepte. Die Bundesregierung unter Führung der Union muss jetzt zügig
281 handeln, Lösungen entwickeln und konsequent umsetzen. Nur so kann die Versorgung pflegebedürfti-
282 ger Menschen langfristig und zuverlässig sichergestellt werden.

283 **6. Demografie, Inklusion und Teilhabe**
284 **als gesellschaftliche Herausforderung**

285 Die Bevölkerungsstruktur in Deutschland verändert sich zunehmend: Der Anteil älterer Menschen an
286 der Gesamtbevölkerung steigt, seniorenrechtliche Lösungen in allen Lebensbereichen durch Anpas-
287 sung von Infrastruktur, Wohnraum, Sicherheitskonzepten und Dienstleistungen sind erforderlich.

288 **Gesellschaftliche Wahrnehmung differenzieren - notwendige Anpassungen beschleunigen –**
289 **Diskriminierung verhindern**

290 Als Senioren-Union stellen wir die Themen Inklusion und Teilhabe dabei in den Mittelpunkt der Dis-
291 kussion. Ziel ist es, die ältere Generation aktiv in alle gesellschaftlichen Prozesse einzubeziehen und
292 so Alterseinsamkeit und Diskriminierung in jedweder Form entgegenzuwirken.

293 **Gesellschaftliche Wahrnehmung und notwendige Anpassungen**

294 Durch den demografischen Wandel verschiebt sich in der Gesellschaft die Wahrnehmung der Interes-
295 sen und Bedürfnisse der Alters- und Bevölkerungsgruppen. Ältere Menschen sind ein wichtiger Teil
296 der Gesellschaft, Ausgrenzung darf in keiner Form geduldet werden.

297 Für ein gutes Miteinander aller Generationen in einer freien, solidarischen und toleranten Gesell-
298 schaft ist ein erweitertes Verständnis von Inklusion notwendig: Rücksicht und Umsicht z. B. im Alltag
299 oder im Verkehr kommen nicht nur Personen mit Beeinträchtigungen zugute, sondern auch Älteren
300 und Kindern sowie Personen, die sich um Schwächere kümmern.

301 **Gleichberechtigte Teilhabe älterer Menschen ermöglichen**

302 Für die Senioren-Union gilt der Leitgedanke, dass alle Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht,
303 Herkunft oder körperlichen Voraussetzungen, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben
304 können. Für ältere Menschen sind u. a. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und zu öffentlichen Ein-
305 richtungen, digitale Partizipation, altersgerechtes Wohnen und ein funktionierender ÖPNV wichtige
306 Voraussetzungen.

307 **Bildung, Kultur und soziale Integration im Alter fördern**

308 Bildungsangebote und lebenslanges Lernen fördern die soziale Integration und das individuelle Wohl-
309 befinden. Soziale Begegnungsräume und kulturelle Veranstaltungen bilden weitere Möglichkeiten der
310 Einbindung.

311 **Mitgestaltung und Engagement älterer Menschen stärken**

312 Teilhaben bedeutet aktive Mitgestaltung und Mitsprache. Ältere Menschen verfügen über wertvolle
313 Lebens- und Berufserfahrung, die in bürgerschaftlichem Engagement, politischen Entscheidungspro-
314 zessen oder in der Nachbarschaftshilfe eingebracht werden kann. Kommunale Beteiligungsformate,
315 Seniorenvertretungen oder digitale Plattformen können hier als Instrumente dienen.

316 **Für eine inklusionsfreundliche Gesellschaft aller Generationen**

317 Die Senioren-Union will durch gemeinsame Anstrengungen auf allen Ebenen der Politik, von der Kom-
318 mune bis zum Bund, für ein inklusionsfreundliches Umfeld sorgen, das allen Generationen – insbeson-
319 dere den Schwachen in unserer Gesellschaft – zugutekommt.

320 **7. Wirtschaft und Soziale Marktwirtschaft -**

321 **Anerkennung der Lebensleistung älterer Generationen**

322 Die ältere Generation hat entscheidend zum wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands beigetragen. Mit
323 harter Arbeit, Verantwortungsbewusstsein und Innovationskraft haben Seniorinnen und Senioren den
324 Wohlstand unseres Landes aufgebaut, Werte geschaffen und Strukturen geprägt, von denen auch
325 künftige Generationen profitieren. Diese Lebensleistung verdient Anerkennung, Respekt – und kon-
326 krete politische Maßnahmen, die Teilhabe im Alter ermöglichen, Altersdiskriminierung ausschließen
327 und wirtschaftliche Gerechtigkeit fördern.

328 **Aktive Teilhabe älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft**

329 Die Senioren-Union setzt sich dafür ein, die Potenziale älterer Menschen stärker zur Geltung zu brin-
330 gen – auch über das Erwerbsleben hinaus. Viele Seniorinnen und Senioren sind bereit, sich weiterhin
331 aktiv in Wirtschaft und Gesellschaft einzubringen. Wer auch nach dem Eintritt in den Ruhestand arbei-
332 ten möchte, soll dies unter fairen, altersgerechten Bedingungen tun können. Dazu gehören auch steu-
333 erliche Entlastungen ebenso wie die Reduzierung oder Abschaffung von Sozialabgaben für ältere Er-
334 werbstätige.

335 **Erfahrung nutzen – Fachkräftemangel entgegenwirken**

336 Der zunehmende Fachkräftemangel kann gemildert werden, wenn die Arbeitskraft und die Erfahrung
337 älterer Menschen einbezogen werden. Die Senioren-Union fordert, steuerliche Fehlanreize bei Alters-
338 teilzeitmodellen abzuschaffen. Berufserfahrene Fachkräfte im Ruhestandsalter sollen nicht aus dem
339 Arbeitsmarkt gedrängt, sondern unterstützt werden, ihr Wissen und ihre Kompetenzen weiterzuge-
340 ben. Die beabsichtigte Einführung der Aktiv-Rente kann hier ermutigende Wirkung haben.

341 **Steuergerechtigkeit für ältere Menschen schaffen**

342 Gleichzeitig müssen die steuerlichen Rahmenbedingungen für ältere Menschen gerechter und alters-
343 gerecht ausgestaltet werden. Die Grundsteuerreform droht insbesondere jene zu überfordern, die in
344 selbstgenutztem Wohneigentum leben, aber keine Mieteinnahmen erzielen.

345 **Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bewahren**

346 Die Soziale Marktwirtschaft ist das Fundament unserer wirtschaftlichen Ordnung – und muss auch im
347 demografischen Wandel ihren Prinzipien treu bleiben. Dazu gehört die gerechte Verteilung wirt-
348 schaftlicher Lasten und Chancen zwischen den Generationen. Arbeit muss sich lohnen – auch im Al-
349 ter.

350 Eine generationengerechte Wirtschaftspolitik bedeutet auch: Investitionen in Projekte, die allen Al-
351 tersgruppen zugutekommen. Der energieeffiziente Wohnungsbau, generationen-übergreifende
352 Quartierskonzepte und barrierefreie Infrastruktur sind Ausdruck zukunftsfähiger Wirtschaftsplanung
353 im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft.

354 **Wirtschaftspolitik im Dienst aller Generationen**

355 Die Senioren-Union steht für eine Wirtschaftspolitik, die Lebensleistung anerkennt, Gerechtigkeit

356 sichert und Perspektiven eröffnet – für eine Gesellschaft, in der Erfahrung und Engagement älterer
357 Menschen nicht als Belastung, sondern als Bereicherung gesehen werden.

358 **8. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Umwelt als Kernanliegen**

359 Für die Senioren-Union als Vereinigung in einer christlichen Partei steht die Bewahrung der Schöp-
360 fung im Zentrum ihrer Politik. Dies bedeutet, nachhaltig mit der Umwelt umzugehen und die Welt für
361 kommende Generationen besser zu hinterlassen. Politik soll Individualismus mit Gemeinwohl, sowie
362 Gerechtigkeit zwischen den Generationen verbinden. Dies wird angestrebt durch eine Ökologische
363 und Soziale Marktwirtschaft, wie sie bereits im Grundsatzprogramm der CDU von 1994 gefordert
364 wurde.

365 **Wohlstand neu definieren: Mehr als materieller Besitz**

366 Wohlstand umfasst mehr als materiellen Besitz; er bedeutet wirtschaftliche Sicherheit, Teilhabe und
367 Stabilität. Der Staat soll subsidiär eingreifen, wenn die individuellen Möglichkeiten nicht ausreichen.
368 Wachstum ist notwendig für Wohlstand und Innovation, die wiederum Voraussetzung für ökologische
369 und soziale Nachhaltigkeit sind. Die Senioren-Union setzt auf marktverträgliche Regeln, die Wachs-
370 tum entkoppeln vom Verbrauch endlicher Ressourcen.

371 Angesichts geopolitischer und wirtschaftlicher Veränderungen steht das deutsche Geschäftsmodell
372 unter Druck. Günstige Energie, Exportstärke und Sicherheitsgarantien sind keine Selbstverständlich-
373 keit mehr. Um Wohlstand zu sichern, sind einschneidende Entscheidungen notwendig, die alle Bevöl-
374 kerungsgruppen betreffen.

375 **Eigentum, Freiheit und ökologische Verantwortung**

376 Für die Senioren-Union ist Eigentum ein Garant für Freiheit, Sicherheit und Eigenverantwortung.
377 Gleichzeitig gehört eine intakte Umwelt untrennbar zum Wohlstand. Seit der UN-Konferenz von Rio
378 1992 ist klar: Nachhaltiges Handeln ist Pflicht – für alle Generationen

379 **Bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum**

380 Wohneigentum bietet Schutz und Altersvorsorge, ist aber durch klimapolitische Vorgaben schwerer
381 erreichbar. Notwendig sind klimafreundliche, platzsparende und seniorengerechte Wohnformen.
382 Dazu müssen Planungsprozesse vereinfacht, Auflagen reduziert und tragfähige Finanzierungsmodelle
383 geschaffen werden.

384 **Generationengerechter Klimaschutz**

385 Nachhaltigkeit ist Verantwortung im Hier und Jetzt. Die Senioren-Union bekennt sich zu einer genera-
386 tionengerechten Umweltpolitik, die ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit und wirtschaft-
387 liche Vernunft vereint. Die Umweltkrise trifft besonders ältere Menschen hart. Klimaschutzmaßnah-
388 men müssen deren Bedürfnisse berücksichtigen. Die Einführung eines Klimageldes ist erforderlich, um
389 soziale Härten auszugleichen.

390 **Erfahrung der Älteren nutzen**

391 Ältere Menschen sollen aktiv in Klima- und Nachhaltigkeitsinitiativen eingebunden werden. Ihre Er-
392 fahrung und ihr Verantwortungsbewusstsein sind wertvoll. Die Senioren-Union fordert deshalb Auf-
393 klärung, Beteiligungsangebote und generationengerechte Projektförderung.

394 **Nachhaltigkeit durch Gesetzgebung sichern**

395 Ein Generationencheck für Gesetzesvorhaben soll sicherstellen, dass politische Entscheidungen lang-
396 fristig tragfähig sind. Nachhaltige Landwirtschaft, generationengerechter Wohnungsbau und sozial
397 gerechte Energiepolitik sind zentrale Bausteine.

398 **Kreislaufwirtschaft und solidarische Transformation**

399 Die Kreislaufwirtschaft muss ausgebaut werden, um Ressourcen effizient zu nutzen. Umweltschutz ist
400 eine Querschnittsaufgabe. Die Transformation der Gesellschaft muss solidarisch gestaltet sein, ohne

401 zu überfordern. Die Senioren-Union steht für eine nachhaltige, generationengerechte Politik im Sinne
402 der Bewahrung der Schöpfung.

403 **9. Freiwilligendienste und Ehrenamt: Rückgrat der Gesellschaft**

404 Die Senioren-Union misst den Freiwilligendiensten und den Tätigkeiten im Ehrenamt höchste Bedeu-
405 tung zu. Ehrenamtliches Engagement ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Es schafft Zusam-
406 menhalt, unterstützt soziale Strukturen und bringt Menschen unterschiedlichster Herkunft und Gene-
407 rationen zusammen. Ohne die unermüdliche Arbeit von Freiwilligen wäre vieles im gesellschaftlichen
408 Leben kaum denkbar: Ob in gemeinnützigen, kirchlichen oder Sportvereinen, bei der Betreuung von
409 Senioren, bei den Tafeln, in der Integration Geflüchteter oder bei Umweltprojekten – Ehrenamtliche
410 leisten einen unschätzbaren Beitrag.

411 **Die Rolle älterer Menschen im Ehrenamt**

412 Die Senioren-Union anerkennt und unterstützt dabei die Rolle der älteren Generation. Viele Seniorin-
413 nen und Senioren bringen nicht nur Zeit und Lebenserfahrung mit, sondern auch ein hohes Maß an
414 Verantwortungsbewusstsein und sozialem Engagement. Sie sind Mentoren, Zuhörer und Vorbilder für
415 jüngere Generationen. Durch ihr Wirken wird generationenübergreifender Austausch gefördert, und
416 ihr Wissen kann an die nächste Generation weitergegeben werden.

417 **Gesellschaftlicher Mehrwert durch Engagement**

418 Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, tragen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei
419 und können positive Veränderungen in ihren Gemeinschaften bewirken. Sie bieten nicht nur die Mög-
420 lichkeit, anderen zu helfen, sondern fördern auch persönliche Entwicklung, soziale Kontakte und ein
421 Gefühl der Zugehörigkeit.

422 **Politische Verantwortung und Rahmenbedingungen**

423 Die Politik spielt eine wichtige Rolle, indem sie Rahmenbedingungen schafft, die freiwilliges Engage-
424 ment erleichtern. Anerkennung und Wertschätzung von Ehrenamtlichen sind entscheidend, um ihre
425 Motivation aufrechtzuerhalten. Zudem muss die Politik die Bedeutung des Ehrenamts stärker in den
426 Fokus rücken, beispielsweise durch Förderprogramme oder steuerliche Vergünstigungen für Ehren-
427 amtliche.

428 **Kultur der Wertschätzung fördern**

429 Insgesamt ist es wichtig, eine Kultur der Wertschätzung zu schaffen, in der Freiwilligenarbeit nicht als
430 zusätzliche Belastung, sondern als wertvoller Beitrag zur Gesellschaft angesehen wird. Dies kann dazu
431 beitragen, dass mehr Menschen sich für einen Freiwilligendienst entscheiden und somit aktiv zu einer
432 positiven Entwicklung unserer Gemeinschaften beitragen.

433 **Ehrenamt als Zukunftsmodell**

434 Insgesamt sollte die Gesellschaft das Ehrenamt als essenziellen Bestandteil unseres sozialen Gefüges
435 betrachten. Indem wir den Wert von Freiwilligendiensten anerkennen und würdigen, können wir eine
436 stärkere und solidarischere Gemeinschaft aufbauen. Ehrenamt und Freiwilligendienste sind somit un-
437 verzichtbar für eine lebendige, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft. Sie stärken den sozialen
438 Zusammenhalt und bieten jedem Einzelnen die Chance, aktiv an der Gestaltung unseres Gemeinwe-
439 sens mitzuwirken. Gerade im Miteinander der Generationen liegt ein großes Potenzial, das es zu nut-
440 zen gilt.

441 **10. Energie als Grundlage für sozialen Frieden und Stabilität**

442 Eine verlässliche, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung ist Grundvoraussetzung für sozialen
443 Frieden, wirtschaftliche Stabilität und ökologische Zukunftssicherung.

444 Die Senioren-Union setzt sich für eine Energiepolitik ein, die ökologische Verantwortung mit sozialer
445 Gerechtigkeit verbindet. Der Umbau der Energiewirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit darf dabei

446 nicht zulasten der älteren Generation erfolgen, sondern muss generationengerecht gestaltet sein – sie
447 soll Umwelt und Klima schützen, ohne dabei die finanzielle Belastbarkeit insbesondere älterer Men-
448 schen mit begrenztem Einkommen zu überfordern.

449 **Klimageld gegen soziale Härten**

450 Steigende Preise, Netzentgelte und CO₂-Abgaben stellen für viele Seniorinnen und Senioren eine er-
451 hebliche Belastung dar. Daher befürwortet die Senioren-Union die Einführung eines fair gestalteten
452 Klimageldes, das gezielt soziale Härten ausgleicht.

453 **Erneuerbare Energien im Einklang mit den Menschen**

454 Der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien – insbesondere von Windkraft und Fotovoltaik – ist
455 notwendig, muss jedoch durch andere CO₂-arme Technologien und großtechnische Energiespeiche-
456 rung ergänzt werden sowie im Einklang mit den Bedürfnissen der Menschen und Regionen stehen.
457 Subventionen für Fotovoltaikanlagen sollten nur dort gewährt werden, wo die Flächen sinnvoll und
458 vielfältig für Flora und Fauna genutzt werden können, etwa durch landwirtschaftliche Bewirtschaftung
459 unter geständerten Anlagen. Zudem ist es unerlässlich, dass Bürgerinnen, Bürger und Kommunen vor
460 Ort an den Erträgen der Stromerzeugung beteiligt werden. Das schafft regionale Wertschöpfung, Ak-
461 zeptanz und Gerechtigkeit.

462 **Klimaschutz beim Wohnen sozial gestalten**

463 Klimaschutz beginnt beim Wohnen. Die Senioren-Union unterstützt den Ausbau umweltfreundlichen,
464 energieeffizienten Wohnraums – für Jung und Alt. Dieser Wohnraum muss jedoch bezahlbar bleiben.
465 Ältere Menschen dürfen durch überzogene Sanierungsanforderungen wie verpflichtenden Heizungs-
466 tausch oder umfassende Dämmmaßnahmen nicht überfordert werden. Solche Maßnahmen sind abzu-
467 lehnen, wenn sie wirtschaftlich unzumutbar oder technisch nicht sinnvoll sind. Die individuelle Le-
468 benssituation, insbesondere älterer Eigentümerinnen und Eigentümer, muss berücksichtigt werden.
469 Eine nachhaltige Energiepolitik muss sozial verantwortbar und generationengerecht sein. Ältere Men-
470 schen dürfen nicht von Innovationen ausgeschlossen werden. Sie brauchen Zugang zu neuen Techno-
471 logien, die praxistauglich und bezahlbar sind. Energiepolitik muss Teilhabe ermöglichen – nicht ein-
472 schränken.

473 **Verbraucherschutz und faire Energiepreise**

474 Die Senioren-Union fordert gezielte Investitionen in Projekte, die Umweltverträglichkeit und sozialen
475 Nutzen miteinander verbinden.
476 Zukunftsorientierte Maßnahmen müssen ökologische und soziale Nachhaltigkeit zusammendenken.
477 Dabei ist ein starker Verbraucherschutz zentral: Energiepreise müssen fair, transparent und nachvoll-
478 ziehbar sein. Unverhältnismäßige Preissprünge sind sozial unverträglich und nicht hinnehmbar.

479 **Energiepolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

480 Die Bewältigung der Energie- und Klimafragen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie gelingt
481 nur, wenn alle Generationen einbezogen werden.
482 Die Senioren-Union steht für eine Energiepolitik, die den Übergang zu einer nachhaltigen Versorgung
483 mit Verantwortung, Augenmaß und Gerechtigkeit gestaltet – zum Schutz unserer Umwelt, zur Wah-
484 rung der Lebensqualität und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

485 **Resümee**

486 **Starkes Alter – Starke Gesellschaft, Erfahrung zählt – Alter verpflichtet!**

487 Die ältere Generation ist Herz und Rückgrat unserer Gesellschaft: erfahren, engagiert, unverzichtbar.
488 Sie sichert Demokratie, prägt den Wandel und verdient Wertschätzung.
489 Altern bedeutet nicht Rückzug, sondern Teilhabe. Es geht um ein selbstbestimmtes, aktives Leben im
490 Alter – mit Anerkennung, Unterstützung und gegen jede Form von Altersdiskriminierung.

491 **Anker gesellschaftlicher Stabilität**

492 Die Senioren-Union gibt der älteren Generation Stimme und Gewicht – in Deutschland und Europa -
493 für ein starkes Miteinander über Generationen hinweg!

494 Die Senioren-Union bringt ihre Positionen kraftvoll in Politik und Gesellschaft ein – offen, lösungsori-
495 entiert und europaweit vernetzt. Gemeinsam mit der Europäischen Senioren-Union setzt sie sich für
496 die Werte von Freiheit, Gleichberechtigung und Solidarität ein.

497 **Die ältere Generation ist das Fundament unserer Demokratie und der Schlüssel zur Zukunft: Sie**
498 **vereint Lebenserfahrung, Weitblick und Verantwortungsbewusstsein. Ihr überdurchschnittliches**
499 **politisches Engagement macht sie zum Anker gesellschaftlicher Stabilität.**

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

20. Bundesdelegiertenversammlung

B

Satzungsänderungsanträge

**20. Bundesdelegiertenversammlung
der Senioren-Union der CDU Deutschlands**

Es liegen keine B-Anträge zur Änderung der Satzung der Senioren-Union Deutschlands am 28.–29. August 2025 in Magdeburg zusammengestellt vor.

20. Bundesdelegiertenversammlung

C

Sonstige Anträge

20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands

Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission zur
20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU
Deutschlands am 28.-29. August 2025 in Magdeburg

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Baden-Württemberg

Für eine umfassende, generationengerechte und nachhaltige Pflegereform

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in der Bundesregierung unverzüglich
- 2 eine umfassende Pflegereform auf den Weg zu bringen und zielgerichtet zu verfolgen, die den
- 3 folgenden zentralen Handlungsfeldern Rechnung trägt:
 - 4 – **Einleitung sofortiger struktureller Reformen**
 - 5 Die Bundesregierung muss umgehend tiefgreifende Reformen in der Pflegepolitik
 - 6 anstoßen. Das geplante Pflegekompetenzgesetz ist ein richtiger Schritt, muss jedoch
 - 7 rasch verabschiedet und bundesweit umgesetzt werden.
 - 8 – **Nachhaltige und generationengerechte Finanzierung**
 - 9 Die Pflegeversicherung ist finanziell neu auszubalancieren – unter fairer Aufteilung
 - 10 zwischen Pflege- und Krankenversicherung, Bund, Ländern, Beitragszahlern und
 - 11 Eigenanteilen. Ziel ist eine langfristig tragfähige, transparente Finanzierungsstruktur.
 - 12 – **Stärkung der Rolle der Kommunen**
 - 13 Kommunen sind stärker in die Planung und Entwicklung regional passgenauer
 - 14 Pflegestrukturen einzubeziehen. Die finanzielle und personelle Ausstattung der
 - 15 kommunalen Pflegeplanung muss sichergestellt werden.
 - 16 – **Schnellere und unbürokratische Hilfe zur Pflege**
 - 17 Antragsverfahren sind bundesweit zu beschleunigen und zu vereinheitlichen. Die
 - 18 Wartezeiten auf Bewilligungsbescheide sind zu minimieren. Ein bundesweites
 - 19 Monitoring-System mit regelmäßigen Bewertungen der Umsetzungsgeschwindigkeit
 - 20 ist einzurichten.
 - 21 – **Ausbau präventiver Maßnahmen**
 - 22 Prävention muss deutlich gestärkt werden. Niedrigschwellige, lokal zugängliche
 - 23 Angebote sind flächendeckend zu etablieren. Zivilgesellschaftliches Engagement und
 - 24 Ehrenamt sind gezielt zu fördern.
 - 25 – **Beteiligung von Betroffenen und Angehörigen**

- 26 Pflegebedürftige und Angehörige müssen auf allen Ebenen – kommunal, auf Landes-
27 und Bundesebene – aktiv in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden
28 werden. Entsprechende Beteiligungsformate sind verbindlich zu institutionalisieren.
- 29 – **Konsequenter Bürokratieabbau**
30 Pflegeleistungen sind zu entbürokratisieren, anwenderfreundlich zu gestalten und wo
31 möglich zu bündeln. Prüfverfahren sind zu koordinieren und die digitale Verwaltung
32 konsequent auszubauen. Die Anwerbung und Integration ausländischer Pflegekräfte
33 ist durch standardisierte, schnelle Anerkennungsverfahren zu beschleunigen.
- 34 – **Förderung von Digitalisierung und Innovation**
35 Digitale Lösungen in der Pflege sind bundesweit zu verbreiten und weiterzuentwickeln.
36 Erfolgreiche Modellprojekte sind systematisch zu evaluieren und übertragbar zu
37 machen. Länder und Kommunen sind beim Ausbau digitaler Infrastrukturen zu
38 unterstützen.
- 39 – **Personaloffensive für die Pflege – auch international**
40 Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen sind zu vereinfachen, zu
41 digitalisieren und zu zentralisieren. Bund und Länder müssen gemeinsam für
42 ausreichend Personal in den Anerkennungsbehörden sorgen.

43 **Begründung:**

44 Die Pflegeversicherung steht am Scheideweg. Angesichts des demografischen Wandels,
45 wachsender Fachkräfteengpässe und steigender Eigenanteile der Pflegebedürftigen ist ein
46 „Weiter so“ nicht länger tragfähig. Pflegebedürftige, ihre Angehörigen, Pflegekräfte sowie die
47 Kommunen sehen sich zunehmend überfordert – sowohl organisatorisch als auch finanziell.
48 Die vorliegende Reforminitiative der Senioren-Union basiert auf langjährigen Forderungen,
49 die konkrete, umsetzbare Maßnahmen zur Stabilisierung, Modernisierung und sozialen
50 Gerechtigkeit im Pflegebereich anmahnen. Eine nachhaltige Pflegereform ist nicht nur eine
51 politische Notwendigkeit, sondern auch eine ethische Verpflichtung gegenüber älteren
52 Menschen und künftigen Generationen.
53 Es braucht jetzt einen entschlossenen politischen Willen, die Pflege in Deutschland auf ein
54 solides Fundament zu stellen – sozial, finanziell und strukturell.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

20. Bundesdelegiertenversammlung 2025



Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Saarland

Gesamtkonzept für bezahlbare Pflege

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Die CDU-Deutschlands muss sich mit aller Kraft um ein Gesamtkonzept für bezahlbare Pflege
2 einbringen, so z. B. die Regierungen in Bund und Land aufzufordern die Bewohnerinnen und
3 Bewohner von Altenheimen deutlich zu entlasten. Die Länder müssen dabei die notwendigen
4 Investitionskosten wie gesetzlich vorgeschrieben übernehmen, der Bund die
5 Ausbildungspauschale als gesamtgesellschaftliche Aufgabe übernehmen.
6 Die aktuell untragbaren Missstände müssen im Interesse der Heimbewohner und der
7 zurückgeführt werden und nicht auf die Kommunalverbände abgewälzt werden.
8 Allein die Übernahme der Investitionskosten durch die Länder würden in einigen Ländern im
9 Schnitt eine durchschnittliche Entlastung von knapp über 500 € für die Bewohnerinnen und
10 Bewohner bringen.

11 **Begründung:**

12 Die Pflegekosten in den entsprechenden Seniorenheimen sind für die meisten älteren
13 Menschen unbezahlbar geworden, weil Bund und Land ihren Verpflichtungen für diesen
14 Bereich der Daseinsvorsorge nicht im erforderlichen Umfang nachkommen.

15 Mit dem Pflegesatz, der den Heimbewohnern in Rechnung gestellt wird, sind die Leistungen
16 der Grundpflege, der medizinischen Behandlung, der sozialen Betreuung, der Unterkunft und
17 der Verpflegung nur zum Teil abgegolten. Es bleibt ein erheblicher Eigenanteil. Nur einen Teil
18 der Gesamtkosten übernimmt die Pflegekasse - die jetzt am Rande der Insolvenz steht und
19 dringend einer Reform bedarf.

20

21 In vielen Bundesländern liegen die Kosten für jeden Heimbewohner unter dem Strich bei mehr
22 als 3000 Euro monatlich. Damit werden die Heimbewohner/innen über Gebühr belastet.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern

zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

20. Bundesdelegiertenversammlung 2025



Antrag

Antragsteller:

Kreisvorstand der Senioren-Union der CDU Ludwigsburg

Für eine solidarische Finanzierung der Pflege im Alter

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Die Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union fordert die CDU/CSU-
2 Bundestagsfraktion auf, sich für eine umfassende Reform der privaten Pflegeversicherung
3 einzusetzen, die insbesondere die besonderen Gegebenheiten von betagten und
4 hochbetagten Menschen berücksichtigt. Ziel muss sein, eine solidarische Finanzierung der
5 Pflegekosten sicherzustellen und die Belastungen für Familien deutlich zu reduzieren.

6 Die Senioren-Union fordert:

- 7 – Betroffene und deren Familien dürfen durch hohe Eigenbeteiligung bei der
8 Finanzierung der Pflege von Angehörigen nicht unverhältnismäßig belastet werden. Es
9 muss ein fairer Ausgleich innerhalb der Solidargemeinschaft mit angemessenem
10 Schutz des Vermögens der Pflegebedürftigen und der betroffenen Angehörigen
11 geschaffen werden.
- 12 – Die Pflege und die Pflegeversicherung betreffen unsere gesamte Gesellschaft. Nur mit
13 einer grundlegend reformierten Finanzierung kann Pflege auch in Zukunft für alle
14 Menschen würdevoll, bezahlbar und zugänglich bleiben.

15 Dazu soll die Einführung einer verpflichtenden Kaskoversicherung beitragen, die auch für
16 Menschen im höheren Lebensalter offen und bezahlbar ist.

17 **Begründung:**

- 18 – Aktuelle Modelle privater Pflegeversicherungen bieten für die Generation Ü65 keine
19 Lösung, da viele Versicherungen ältere Menschen aufgrund des Gesundheitszustandes
20 ablehnen. Die Beiträge sind für Versorgungsempfänger zudem altersbedingt so hoch,
21 dass eine Versicherung für diese Gruppe finanziell nicht zu stemmen ist.
- 22 – Die geplante Freiwilligkeit der Versicherung führt absehbar dazu, dass viele Menschen
23 – insbesondere Ältere – keinen Versicherungsschutz abschließen. Dies birgt die Gefahr
24 eines ähnlichen Scheiterns wie bei der Riesterreife, deren durchschnittliche
25 monatliche Auszahlung aktuell bei lediglich 132 € liegt. Bereits heute beziehen rund
26 40% der Pflegeheimbewohner Sozialhilfe. Diese Entwicklung ist nicht nachhaltig und
27 belastet die Allgemeinheit bzw. den Steuerzahler.

- 28 – Pflegebedürftigkeit ist Schicksal, nicht freiwillige Entscheidung: Pflegebedürftigkeit
29 entsteht durch Krankheit oder Behinderung und stellt für Betroffene und deren
30 Familien eine erhebliche emotionale und finanzielle Belastung dar. Die Kosten eines
31 dreijährigen Heimaufenthalts übersteigen häufig 100.000 €, was betroffene Familien
32 faktisch um ihr Vermögen bringt.
- 33 – Vorgebliche Lösungen, die ältere Menschen von einer soliden Absicherung gleichsam
34 ausschließen, widersprechen dem christlichen Menschenbild der Senioren-Union und
35 der CDU.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Niedersachsen

**Stärkung der häuslichen Pflege – Verantwortung für
pflegende Familienangehörige übernehmen**

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 1. Die Senioren-Union Deutschland fordert die CDU Deutschland und ihre Mandatsträger
2 im Landtag und Bundestag auf, sich verstärkt für eine Stärkung der häuslichen Pflege
3 einzusetzen. Die häusliche Pflege muss als zentrale Säule unseres Pflegesystems
4 anerkannt, finanziell gesichert, organisatorisch gestärkt und gesellschaftlich gewürdigt
5 werden.
- 6 2. Die Senioren-Union Deutschland nimmt das umfassende Konzept „Stärkung der
7 häuslichen Pflege – Strukturen, Finanzierung, Beratung und Hilfen für pflegende
8 Familienangehörige“ als Grundlage für die weitere politische Arbeit an.
- 9 3. Die Senioren-Union fordert konkret:
 - 10 ○ **Strukturelle Unterstützung** pflegender Angehöriger durch regionale
11 Beratungsnetzwerke, wohnortnahe Pflegestützpunkte und einen leichteren
12 Zugang zu Entlastungsangeboten.
 - 13 ○ **Finanzielle Besserstellung** von pflegenden Angehörigen durch höhere
14 Pflegegeldzahlungen, Rentenansprüche und steuerliche Vorteile.
 - 15 ○ **Rechtsanspruch auf professionelle Pflegeberatung** unabhängig vom
16 Kostenträger.
 - 17 ○ **Bürokratieabbau** bei der Beantragung von Leistungen der Pflegeversicherung.
 - 18 ○ **Stärkung des Ehrenamts**, z. B. durch Schulungsangebote und
19 Anerkennungsmodelle.
 - 20 ○ **Einbindung der Kommunen** in eine Pflegeoffensive für Infrastruktur,
21 Begegnungsstätten und Quartiersarbeit.
- 22 4. Die Senioren-Union Deutschland wird dieses Thema aktiv in die Beratungen der CDU-
23 Gremien auf Landes- und Bundesebene einbringen. Ziel ist ein umfassendes politisches
24 Programm zur Sicherung der häuslichen Pflege unter Einbeziehung aller relevanten
25 gesellschaftlichen Akteure.

26 **Begründung:**

27 Mehr als 80 % der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland werden zu Hause betreut –
28 von Angehörigen, Freunden oder Ehrenamtlichen. Diese Menschen tragen eine immense
29 Verantwortung, oft ohne ausreichende Unterstützung. Fachkräftemangel, steigende Kosten
30 und mangelnde Beratung verschärfen die Situation. Eine Pflegeoffensive, die allein auf
31 stationäre Einrichtungen setzt, ist weder finanzierbar noch menschenwürdig.

32 Die häusliche Pflege ist nicht nur eine private Herausforderung, sondern eine
33 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie verdient Anerkennung, Sicherheit und politische
34 Aufmerksamkeit. Die Senioren-Union sieht sich hier in besonderer Verantwortung, dieses
35 Thema auf allen Ebenen zu vertreten.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand Senioren-Union der CDU Hessen

Einführung eines Familienpflegegeldes

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Die Senioren-Union Deutschland unterstützt die Bundesministerin für Familie, Senioren,
2 Frauen und Jugend, Karin Prien, bei der Einführung eines Familienpflegegeldes
3 (Koalitionsvertrag 2025 Zeile 3295).

4 Der Bundesvorstand der Senioren-Union Deutschlands wird aufgefordert, gegenüber der
5 CDU-Deutschland, der CDU- Bundestagsfraktion, dem Bundestag und der Bundesregierung
6 tätig zu werden und seinen Einfluss als Sprachrohr der älteren Bevölkerung für die
7 baldmöglichste Einführung des Familienpflegegeldes geltend zu machen.

8 **Begründung:**

9 Es ist ein deutliches Signal, welches die neue CDU-Bundes-Seniorenministerin Karin Prien
10 gesetzt hat. Und es ist ein Signal, auf das die Senioren-Union lange gewartet hat. Karin Prien
11 hat die Einführung eines Familienpflegegeldes angekündigt.

12 Pflegende Angehörige sollen demnach ein Familienpflegegeld als Lohnersatz erhalten, wenn
13 sie ihre Angehörigen pflegen und dafür anderweitig auf Beschäftigung und auf Einkommen
14 verzichten müssen.

15 Pflege in der Familie ist aus vielerlei Hinsicht wichtig. Die zu Pflegenden bleiben in ihrer
16 angestammten Umgebung und bei Menschen, mit denen sie vertraut sind. Dies ist aus der
17 Sicht christlich-demokratischer Politik und dem christlichen Menschenbild ein sehr wichtiges
18 Anliegen.

19 Darüber hinaus werden mit der Pflege in der Familie Pflegeheime und Pflegepersonal
20 entlastet, und so die bekannterweise knappen Kapazitäten dort geschont. Dies betrifft vor
21 allem den wachsenden Bedarf an Pflege und Pflegeplätzen in Deutschland.

22 Frau Ministerin Karin Prien weist darauf hin, dass für dieses bedeutsame Unterfangen derzeit
23 eine verlässliche Finanzierung noch fehlt. Die Senioren-Union Deutschland bittet die
24 Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen, das Anliegen des Familienpflegegeldes zu
25 unterstützen und die mit diesem Vorschlag erzielbaren Einsparungen von staatlichen
26 Leistungen an anderer Stelle der Staatshaushalte in die Überlegungen einzubeziehen.

27 Das Familienpflegegeld würdigt die Leistung der pflegenden Angehörigen und zeigt
28 Wertschätzung für deren aufopfernde Leistungen. Und es ergänzt in sinnvoller Weise die
29 vielfältigen Leistungen der Bundesländer für Pflege und die Vereinbarkeit von Pflege und
30 Familie.

31 Die Delegiertenversammlung der Senioren-Union Hessen hat anlässlich ihrer Versammlung in
32 Heusenstamm am 21.5.2025 ihre volle Unterstützung für die Initiative der neuen
33 Familienministerin Karin Prien erklärt. Der Politikwechsel in Berlin wirkt.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Hamburg

Positionspapier zur Zukunft der Rentenversicherung

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Zur Zukunft der Rentenversicherung will die Bundesregierung auch in dieser Legislaturperiode
- 2 eine Kommission einsetzen, die Vorschläge unterbreiten soll, wie die Rentenversicherung
- 3 angesichts dramatisch veränderter Rahmenbedingungen zukunftssicher gestaltet werden
- 4 kann. Damit verbindet sich die Chance, die zahlreichen Reparaturen und
- 5 Maßnahmenergänzungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte wieder in einem stringenten
- 6 ordnungspolitischen Rahmen zusammenzuführen.
- 7 Unsere Rentenversicherung basiert auf einem umlagefinanzierten System, d.h. die heutigen
- 8 Beitragszahler zahlen ihre Beiträge nicht wie bei Versicherungen üblich in einen Kapitalstock
- 9 ein, aus dem dann später ihre Renten bezahlt werden, sondern sie finanzieren die heutigen
- 10 Leistungsempfänger auf direktem Weg, ergänzt durch einen Zuschuss aus dem
- 11 Bundeshaushalt. Nichtsdestotrotz handelt es sich dem System um ein Versicherungssystem,
- 12 aus dem Beitragszahler Ansprüche erwerben, denen Einzahlungen gegenüberstehen. Die
- 13 gesetzliche Rente ist kein Sozialleistungssystem.
- 14 Dies muss bei der Reform der Rentenversicherung beachtet werden, denn nur so ist die
- 15 langfristige Akzeptanz bei den Beitragszahlern sicherzustellen.
- 16 Im Laufe der Jahre und in den letzten Jahren in besonderem Maße wurden zu Lasten der
- 17 Rentenversicherung zunehmend Leistungen gewährt, denen keine Beitragszahlungen
- 18 gegenüberstehen, sog. versicherungsfremde Leistungen, wie z.B. Ersatz- und
- 19 Anrechnungszeiten, Fremdreten, Rente nach Mindesteinkommen, Anrechnung von
- 20 Kindererziehungszeiten und auch die Mütterrente. Experten schätzen diese Leistungen auf 58
- 21 bis 93 Mrd. Euro pro Jahr, der Bundeszuschuss beträgt derzeit rd. 95 Mrd. Pro Jahr, Tendenz
- 22 steigend.
- 23 Deshalb sollte von der Kommission zunächst eine sorgfältige Analyse dieser Kostenblöcke
- 24 erfolgen verbunden mit einer realistischen Abschätzung der Kosten- und
- 25 Leistungsentwicklung in den kommenden Jahren. Gleichzeitig müssen Prognosen erstellt
- 26 werden, wie sich die Höhe der Beitragszahlungen vermutlich entwickeln wird
- 27 (unterschiedliche Szenarien sowie die derzeit unbefriedigende Wirtschaftslage des Landes).

28 Kurz: Aufkommen und Belastung sollten von Experten zuverlässig geschätzt werden.

29 **Begründung:**

30 Im Interesse eines ordnungspolitisch sauberen Konzepts muss dann geklärt werden, wie die
31 Aufkommenseite gestaltet werden muss (Höhe der Beitragssätze und Lebensarbeitszeit),
32 damit zumindest die originären Leistungen (klassischer Rentenbezug) weitestgehend daraus
33 finanziert werden können. Alle übrigen Leistungen müssen dann darauf hin überprüft werden,
34 ob sie dem Beitragsaufkommen oder dem Bundeszuschuss zugeordnet werden sollen. Dabei
35 sollten mit Bezug auf das Beitragsaufkommen die Leistungen im Vordergrund stehen, die den
36 Beitragszahlern am nächsten zugeordnet werden können, wie Ersatz- und Anrechnungszeiten.
37 Angesichts der in den kommenden Jahren rückläufigen Zahl der Beitragszahler ist bei evtl.
38 notwendig werdenden Beitragserhöhungen auch daran zu denken, dass der jährlich
39 ansteigende Bundeszuschuss aus dem Steueraufkommen genommen wird, für das die gleiche
40 Generation verantwortlich ist. Die permanente Aufblähung der Leistungen aus der
41 gesetzlichen Rentenversicherung darf die jüngere Generation nicht überfordern und damit
42 den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufs Spiel setzen.

43 Im Kontext der Rentenneukonzeption kann auch darüber diskutiert werden, ob es nicht
44 angesichts der Erfahrungen mit der Alterssicherung insgesamt opportun ist, den Kreis der
45 Versicherten auszuweiten und z.B. auch Selbständige zu verpflichteten Beitragszahlern zu
46 machen. Positive Beispiele dafür gibt es in vielen anderen Ländern.

47 Sollte daran gedacht werden, auch die Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung zu
48 überführen bzw. die beiden Alterssicherungssysteme einander anzugleichen, kann dies nur in
49 einem langen Übergangsprozess geschehen, da andernfalls die Rentenversicherung, aber
50 auch die staatlichen Kassen in ihrer Leistungsfähigkeit komplett überfordert wären.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Hamburg

**Positionspapier zur dringend erforderlichen Reform unseres
Rentenversicherungssystems.**

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 **Unsere Alterssicherung neu justieren!**
- 2 Deutschland droht der Rentenkollaps. Über zwölf Millionen Babyboomer gehen in den
- 3 nächsten zehn Jahren in Rente. Die Zahl der jungen Menschen, die neu ins Arbeitsleben
- 4 eintreten und Beiträge zahlen, ist deutlich geringer. Zugleich steigt die Lebenserwartung, die
- 5 Lebensarbeitszeiten dagegen werden kürzer. Damit stuern wir auf eine Multimilliarden-Euro-
- 6 Lücke in der Rentenversicherung zu.
- 7 Der Rentenzuschuss des Bundeshaushalts hat schon heute die Marke von 100 Milliarden Euro
- 8 im Jahr überschritten. 100.000.000.000 Euro Rentenzuschuss – weil die Alterspyramide Kopf
- 9 steht, weil immer weniger Arbeitnehmer immer mehr Rentner finanzieren, weil wir immer
- 10 älter werden und unser althergebrachtes Rentensystem sich nicht mehr trägt. Die Stimmen
- 11 nach einer größeren Reform des Rentensystems dürfen nicht länger kleingeredet werden.
- 12 Zur Zukunft der Rentenversicherung hatte die Bundesregierung in der letzten und vorletzten
- 13 Legislaturperiode eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge unterbreiten sollte, wie die
- 14 Rentenversicherung angesichts dramatisch veränderter Rahmenbedingungen zukunftssicher
- 15 gestaltet werden kann. Leider sind aus der Arbeit beider Kommissionen keine belastbaren
- 16 Konzepte erwachsen. Viele Jahre sind somit nutzlos verstrichen.
- 17 Die Probleme liegen nach wie vor auf dem Tisch und sie dulden keinen weiteren Aufschub.
- 18 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz gilt sinngemäß auch für das
- 19 Rentensystem. Wir dürfen der jungen Generation kein Altersversorgungssystem hinterlassen,
- 20 das diese über Gebühr belastet und die Spielräume für eigene Entscheidungen und politisches
- 21 Gestalten spürbar einengt.
- 22 Friedrich Merz hat immer wieder, auch zuletzt im Bundestagswahlkampf nachdrücklich davor
- 23 gewarnt, die drängenden und vor allem finanzwirksamen Aufgaben von Heute zu Lasten der
- 24 künftigen Generation zu lösen. Dazu zählt auch die Rentenversicherung.

25 Da ist sich die Senioren-Union mit dem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler zu 100 Prozent
26 einig. Deshalb wollen wir auch gemeinsam mit der Jungen Union an der Lösung dieser Frage
27 arbeiten.

28 Auch im internationalen Vergleich ist Deutschlands Rentensystem immer schlechter
29 geworden. Deutschland rangiert in einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Mercer
30 zu internationalen Rentensystemen nicht einmal mehr unter den Top 10 der 39 untersuchten
31 Altersversorgungssysteme. Das deutsche Rentensystem ist starr und inflexibel, es nutzt
32 betriebliche Altersversorgungen und lukrative Formen kapitalgedeckter Zusatzversorgung viel
33 zu wenig. Ganz vorne im internationalen Rentenranking liegen dagegen die skandinavischen
34 Staaten, die ihre Systeme liberalisiert und Aktien in ihre Altersvorsorge eingebunden haben.
35 Am Ende haben die Rentner in Skandinavien höhere Alterssicherungen als in Deutschland.
36 Unsere Rentenversicherung basiert auf einem umlagefinanzierten System, d.h. die heutigen
37 Beitragszahler zahlen ihre Beiträge nicht wie bei Versicherungen üblich in einen Kapitalstock
38 ein, aus dem dann später ihre Renten bezahlt werden, sondern sie finanzieren die heutigen
39 Leistungsempfänger auf direktem Weg, ergänzt durch einen Zuschuss aus dem
40 Bundeshaushalt. Nichtsdestotrotz handelt es sich bei dem System um ein
41 Versicherungssystem, aus dem Beitragszahler Ansprüche erwerben, denen Einzahlungen
42 gegenüberstehen. Die gesetzliche Rente ist kein Sozialleistungssystem und sollte es auch nicht
43 werden.

44 Die rentenpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre haben in eine Sackgasse geführt. Mit dem
45 „Nachhaltigkeitsfaktor“ wurde 2005 zwar ein tragfähiger Mechanismus eingeführt, der die
46 finanziellen Belastungen des demografischen Wandels gleichmäßig auf die ältere und jüngere
47 Generation verteilt. Dieser Mechanismus ist jedoch 2018 durch die Haltelinien von
48 mindestens 48 Prozent für das Rentenniveau und höchstens 20 Prozent für den Beitragssatz
49 in seiner Wirkung ausgehebelt worden. Und auch die jetzige Koalition will daran festhalten.
50 Schließlich hat die Einführung der „Rente mit 63“ die falsche Vorstellung befördert, dass die
51 Koppelung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung mit keinen oder nur sehr
52 geringen Rentenabschlägen unterlaufen werden kann.

53 Im Laufe der Jahre und in den letzten zehn Jahren in besonderem Maße wurden zu Lasten der
54 Rentenversicherung zunehmend Leistungen gewährt, denen keine Beitragszahlungen
55 gegenüberstehen, sog. versicherungsfremde Leistungen, wie z.B. Ersatz- und
56 Anrechnungszeiten, Fremdreten, Rente nach Mindesteinkommen, Anrechnung von
57 Kindererziehungszeiten und auch die Mütterrente. Experten schätzen diese Leistungen auf 58
58 bis 93 Mrd. Euro pro Jahr, Tendenz eher steigend.

59 Eigentlich ist es eine Binsenweisheit und für jedermann logisch leicht nachvollziehbar.:
60 „Länger leben und länger Rente beziehen bedingen in der Regel auch längeres Arbeiten.“
61 Deshalb brauchen wir ein nachhaltiges Rentenkonzept, das die Rentenversicherung als
62 solidarisches System durch differenzierte Regelungen in den Blick nimmt. Wir brauchen eine
63 Reform, die aus zwei Pfeilern besteht:

- 64 ○ Zum einen darf das Renteneintrittsalter nicht von der Entwicklung der
65 Lebenserwartung abgekoppelt werden. Deshalb sollten die zusätzlichen Lebensjahre
66 nach einer klaren Regel zwischen „mehr arbeiten“ und „länger Rente beziehen“ so

67 aufgeteilt werden, dass das derzeit bestehende Verhältnis der in Arbeit und Rente
68 verbrachten Lebenszeit in etwa konstant bleibt. Angesichts des demographischen
69 Wandels, des zunehmenden Fachkräftemangels sowie der immer älter werdenden
70 Bevölkerung setzt eine nachhaltige Entwicklung Teilhabe-Möglichkeiten der älteren
71 Menschen am Arbeitsleben voraus. Es müssen Konzepte entwickelt werden, die dieser
72 veränderten Situation Rechnung tragen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Aktiv-
73 Rente ist eine dieser Möglichkeiten. In diesem Zusammenhang sind die flexible und
74 individuelle Beendigung der Erwerbstätigkeit und Abschaffung der
75 „Zwangsverrentung“ für viele Berufsgruppen erforderlich. Der Übergang von der
76 beruflichen Tätigkeit in den Ruhestand sollte allmählich, gleichsam „ausschleichend“
77 erfolgen. Alle damit verbundenen Maßnahmen müssen auf freiwilliger Basis und mit
78 den Betroffenen abgestimmt erfolgen.

79
80 ○ Als Totschlagargument wird hier immer wieder angeführt, dem Dachdecker oder dem
81 Maurer sei es nicht zuzumuten, seiner Arbeit bis zum 70. Lebensjahr nachzugehen.
82 Arbeiten bis an die Regelaltersgrenze muss diese Personengruppe in den meisten
83 Fällen schon heute nicht, und es gehört zu einem solidarischen System dazu, dass für
84 Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen Ausnahmen geschaffen werden.

85 Den sich durch das Alter bedingten unterschiedlichen Belastungsgrenzen soll wo immer
86 möglich Rechnung getragen werden. Arbeitsende, -rhythmen, abläufe, und -umfang, auch der
87 Arbeitsplatz selbst, sollen an die geänderten Bedingungen angepasst werden. Die
88 wöchentliche Arbeitszeit muss dort, wo dies faktisch möglich ist, reduziert werden können.
89 Für Menschen mit Berufen, die mit schwerer körperlicher Arbeit verbunden sind, sollen
90 staatlich geförderte Umschulungs- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden.

91 Vermutlich werden aber über die Erhöhung der Lebensaltersgrenze hinaus weitere Schritte
92 erforderlich sein, um die Nachhaltigkeit des Rentensystems zu gewährleisten. Hier gibt es
93 mehrere Möglichkeiten: Einer ist, die Bestandsrenten (Renten, die schon vor einem gesetzlich
94 festgelegten Stichtag bewilligt wurden) weniger stark, z.B. nur noch mit der Kaufkraft zu
95 dynamisieren, als die Zugangsrenten, die durch eine Haltelinie (derzeit 48 %) gesichert
96 werden. Solche Ansätze werden derzeit in Frankreich und Österreich verfolgt.

97 Eine weitere Möglichkeit liegt in der Einführung eines degressiven Zusammenhangs zwischen
98 Rentenzahlbetrag und Entgeltpunkten, bei dem die Rente pro Entgeltpunkt mit der Anzahl der
99 Entgeltpunkte abnimmt. Diese Abkehr von dem zurzeit in der Rentenversicherung strikt
100 praktizierten Äquivalenzprinzip führt zu einer relativen Aufwertung geringer Renten
101 gegenüber höheren Renten und verringert so die Gefahr von Altersarmut. In einem
102 „solidarischen“ Rentensystem könnten solche Einschränkungen hingenommen werden, zumal
103 in der Regel Menschen mit höherem Einkommen auch eine höhere Lebenserwartung und
104 damit auch eine höhere Rentenbezugsdauer haben und insofern die Einschränkung auch nur
105 sehr relativ wäre

106 Wichtig für die erfolgreiche Implementation eines grundlegend reformierten Rentenmodells
107 ist, dass nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden und folglich ein offener
108 Dialog in der Gesellschaft geführt wird, der die Menschen über Möglichkeiten und Grenzen

109 aufklärt, Fehlvorstellungen abbaut, Vorurteile widerlegt und die Rechtssprache verständlich
110 macht.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

20. Bundesdelegiertenversammlung 2025



Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Sachsen-Anhalt

Dynamisierung des Renteneintrittsalters

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Der Bundesvorstand der Senioren – Union der CDU Deutschlands wird beauftragt, sich beim
2 CDU – Bundesvorstand sowie der CDU/CSU - Bundestagsfraktion für die Dynamisierung des
3 Renteneintrittsalters einzusetzen.

4 **Begründung:**

5 a) Angesichts des demographischen Wandels, des zunehmenden Fachkräftemangels, sowie
6 der älter werdenden Bevölkerung setzt eine nachhaltige Entwicklung die ungebrochene
7 Teilhabe der älteren Menschen am Arbeitsleben voraus. Es müssen Konzepte entwickelt
8 werden, die dieser veränderten Situation Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang sind die
9 flexible, auf selbst bestimmte Weise und individuelle Beendigung der Erwerbstätigkeit und die
10 Abschaffung der „Zwangsverrentung“ für viele Berufs- und Tätigkeitsgruppen erforderlich.

11 b) Die heutige Generation der über 60-jährigen ist mehrheitlich körperlich und geistig besser
12 aufgestellt, als das in der Vergangenheit der Fall war. Überdies stellt eine berufliche Tätigkeit
13 gerade für viele ältere Beschäftigte mehr als Arbeit im eigentlichen Sinn dar. Vielmehr sind für
14 diese Generation der soziale Kontakt, das Gefühl des Gebrauchtwerdens und der Stolz, eigene
15 Kenntnisse und Fertigkeiten der nachfolgenden Generation weiterzugeben. Letzteres ist für
16 die nachfolgende Generation unverzichtbar.

17 c) Allerdings muss bei einer Tätigkeit den sich teilweise durch das Alter bedingten unter-
18 schiedlichen Belastungsgrenzen Rechnung getragen werden. Arbeitsbeginn und Arbeitsende,
19 Arbeitsrhythmen, Arbeitsabläufe sowie der Arbeitsumfang an sich und auch der Arbeitsplatz
20 selbst sind entsprechend anzupassen. Es muss beispielsweise möglich sein, die wöchentliche
21 Arbeitszeit zu reduzieren oder bei Berufen, die mit schwerer körperlicher Arbeit verbunden
22 sind, rechtzeitig eine z.B. staatlich geförderte Umschulung zu einer leichteren Arbeit zu
23 gewähren. Eine Beschäftigung nach der Umschulung muss gesichert sein.

24 d) Eine angemessene berufliche Tätigkeit beugt besonders im Alter der Entwicklung
25 psychischer und physischer Erkrankungen vor.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern

zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Sachsen-Anhalt

Abschaffung der Rentenbesteuerung

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Der Bundesvorstand der Senioren – Union der CDU Deutschlands wird beauftragt, sich beim
2 CDU – Bundesvorstand sowie bei der CDU/CSU - Bundestagsfraktion für die Abschaffung der
3 Rentenbesteuerung einzusetzen.

4 **Begründung:**

5 Das heutige Rentensystem in Deutschland könnte aus mehreren Gründen als
6 verfassungswidrig betrachtet werden:

7 a) Ungleichbehandlung: Es wird argumentiert, dass die nachgelagerte Besteuerung der
8 Alterseinkünfte keine Ungleichbehandlung darstellt, da alle Rentenanwartschaften in der
9 aktiven Phase unter vergleichbaren Bedingungen aus nicht versteuertem Einkommen gebildet
10 werden können. Dennoch gibt es Bedenken, dass diese Regelung unterschiedliche
11 Personengruppen ungleich behandelt.

12 b) Verstoß gegen den Gleichheitssatz: Die ungleiche Besteuerung von privaten Renten- und
13 Lebensversicherungen, die noch mit dem Ertragsanteil besteuert werden, könnte als Verstoß
14 gegen den Gleichheitssatz angesehen werden. Diese Versicherungen unterscheiden sich von
15 der Basisaltersversorgung dadurch, dass sie vorgelagert und nicht nachgelagert besteuert
16 werden.

17 c) Doppelbesteuerung: Ein wesentlicher Kritikpunkt ist das Verbot der Doppelbesteuerung.
18 Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) betont, dass eine Doppelbesteuerung im Einzelfall
19 nicht überschritten werden darf. Dies bedeutet, dass die steuerfreien Renteneinnahmen und
20 die steuerlich nicht entlasteten Beiträge genau gegenübergestellt werden müssen, um eine
21 unzulässige Doppelbesteuerung zu vermeiden.

22 d) Vertrauensschutz und Übergangsregelungen: Die Übergangsregelungen der Besteuerung
23 der Alterseinkünfte wurden ebenfalls unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes und
24 der Gleichbehandlung geprüft. Hier wird argumentiert, dass die Neuregelung die vorherige
25 verfassungswidrige Ungleichbehandlung nicht weiter fortsetzen darf.

26 Diese Aspekte führen zu Bedenken hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit des aktuellen
27 Rentensystems, insbesondere in Bezug auf den Gleichheitssatz, den Vertrauensschutz und das
28 Verbot der Doppelbesteuerung.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Sachsen-Anhalt

Einführung einer Indexrente

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Der Bundesvorstand der Senioren – Union der CDU Deutschlands wird beauftragt, sich beim
2 CDU – Bundesvorstand sowie der CDU/CSU - Bundestagsfraktion für einen Ausgleich der
3 negativen Inflationsauswirkungen für die Rentnergeneration durch die konsequente
4 Einhaltung der Kopplung des Rentenniveaus an die allgemeine Lohnentwicklung (Indexrente)
5 einzusetzen.

6 **Begründung:**

7 Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die teilweise galoppierenden
8 Preissteigerungen für Lebensmittel und die ansteigenden Kosten für den sonstigen
9 Lebensunterhalt, wie Mieten und Energie haben viele Rentner in eine dramatische finanzielle
10 und wirtschaftliche Situation gebracht. Auch die ständig steigenden Kosten für die Pflege und
11 Betreuung im Alter haben dazu geführt, dass viel Rentner auf die Unterstützung durch das
12 Sozialamt angewiesen sind. Für viele alte Menschen, die ihr ganzes Leben schwer und hart
13 gearbeitet haben, ist das belastend und entwürdigend. Hinzu kommt, dass die
14 Preissteigerungen auf allen Gebieten des täglichen Lebens dazu führen, dass das Ersparte
15 kontinuierlich an Wert verliert. Die Durchsetzung der Indexrente, also die Koppelung des
16 Rentenniveaus an die allgemeine Lohnentwicklung, ist geeignet diese Einbußen zu
17 kompensieren. Wenn man die Forderungen der Gewerkschaften nach erheblichen
18 Lohnerhöhungen ansieht, es sind teilweise Steigerungen um mehr als 10%, muss man zu dem
19 Schluss kommen, dass die Rentner, die unseren noch funktionierenden Sozialstaat aufgebaut
20 haben, die Vergessenen und die Verlierer sind. Deshalb schlagen wir die Durchsetzung der
21 Indexrente vor, d.h. eine kontinuierliche Steigerung der Rente, die sich an dem allgemeinen
22 Lohnniveau orientiert.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern

zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Kreisvorstand Senioren-Union der CDU Rhein-Kreis Neuss

**Grundsatzdiskussion zum Thema Zukunft der Rente und
Beteiligung der Senioren-Union an der geplanten
Rentenkommission**

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 1. Die Bundes SU beantragt eine Teilhabe an der geplanten Rentenkommission der
- 2 Bundesregierung um aktiv die Beratungen als Betroffene zu begleiten.
- 3 2. Die Versammlung beschließt die Fortführung der Grundsatzdiskussion zum Thema Rente
- 4 in der Senioren Union. Art und Umfang wird durch den Bundesvorstand im
- 5 Einvernehmen mit den Landesverbänden unter vorheriger, beratender Hinzuziehung der
- 6 Bezirks- und Kreisverbände festgelegt.

Begründung:

8 Laut Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2025 soll in einer Rentenkommission bis zur Mitte
9 der Legislatur eine neue Kenngröße für ein Gesamtversorgungsniveau über alle drei
10 Rentensäulen geprüft werden. Die geplante Rentenkommission bietet die Chance, das
11 Gesamtversorgungssystem umfassend zu analysieren und zukunftsfähig zu gestalten.
12 Bisher vermissen wir bei allen Diskussionen die Teilhabe der älteren Generation. Die Senioren
13 Union sollte als Vertretung der Betroffenen an einer Rentenkommission beteiligt und
14 Ergebnisse einer Grundsatzdiskussion in der SU können dort eingebracht werden.
15 Das Rentenproblem ist eine Gerechtigkeitsfrage. Ziel sollte sein, eine einheitliche Finanzierung
16 des Systems und ein gemeinsames Leistungsniveau für alle „Ruhegeldempfänger“. Dabei
17 gehören alle Systeme der Altersversorgung auf den Prüfstand.
18 Eine grundlegende Rentenreform sollte in der gesamten Bevölkerung als gerecht empfunden
19 werden. Hierbei muss untersucht werden, welche Anleihen aus Altersversorgungssystemen
20 anderer EU-Staaten zum Ziel führen*. Zusätzlicher Handlungsbedarf entsteht durch eine
21 aktuelle Entwicklung: Das Rentensystem wird überwiegend von Beitragszahlern finanziert.
22 Doch es mehren sich die Prognosen, dass die Zahl der Beitragszahler im Zuge der Einführung
23 von KI (Künstliche Intelligenz) sinken wird. Diese Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die

24 Finanzierung der Sozialversicherungssysteme müssen bei einer grundlegenden Reform mit
25 einbezogen werden. Die inhaltliche Vorbereitung und Präzisierung der SU kann parallel zur
26 Beteiligung an der Renten-kommission erfolgen, da dies ein fließender Prozess ist, und Inhalte
27 daraus an die Bundes-SU weitergegeben werden können. Die Senioren-Union will mit dieser
28 breit angelegten Grundsatzdiskussion ein starkes Zeichen setzen – für gesellschaftlichen
29 Frieden, Reformwillen und sozialen Zusammenhalt. Nach der „Initiative für einen
30 handlungsfähigen Staat“ (Steinbrück, de Maizièrè & Co) brauchen wir eine „Initiative für eine
31 solide, faire und wirksame Altersversorgung“.

32 **Nach dem Global Pension Index 2023, einem Vergleich der Rentensysteme weltweit, weisen*
33 *die Niederlande mit 85 von 100 Punkten das derzeit beste Rentensystem auf. Deutschland*
34 *landet mit Platz 19 nur im unteren Mittelfeld!*

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern zu bilden, die bis Mitte 11/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Bezirksvorstände der Senioren-Union Nord-Württemberg, der Senioren-Union Nordbaden, der Senioren-Union Südbaden und der Senioren-Union Württemberg-Hohenzollern

**Für eine glaubwürdige Sicherheits- und Verteidigungspolitik:
Einsetzung einer Wehrpflicht, wenn freiwilliger Wehrdienst
den Personalbedarf der Bundeswehr nicht deckt. Optimale
Ausrüstung und Ausstattung der Streitkräfte sowie Stärkung
des Zivil- und Bevölkerungsschutzes**

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Die Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union 2025 möge beschließen:
- 2 Die Senioren-Union Deutschlands fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bzw. die
- 3 Fraktionen der CDU und CSU in den Landtagen und Bürgerschaften der Bundesländer auf,
- 4 1. den personellen Aufwuchs sowie die optimale Ausrüstung und Ausstattung der
- 5 Bundeswehr mit höchster Priorität voranzutreiben,
- 6 2. im Rahmen des angekündigten freiwilligen Wehrdienstmodells verbindliche Zielzahlen
- 7 und Zeitpläne für den Personalaufwuchs zu definieren,
- 8 3. gesetzlich festzulegen, dass – sofern diese Zielgrößen im definierten Zeitraum nicht
- 9 erreicht werden – automatisch die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht
- 10 erfolgt,
- 11 4. umgehend ein Konzept zur Reaktivierung der zum Personalaufwuchs benötigten
- 12 Strukturen (z. B. Kreiswehersatzämter, Ausbildungskapazitäten, Infrastruktur) zu
- 13 erarbeiten und umzusetzen,
- 14 5. die gesellschaftliche Akzeptanz und Einbindung der Bundeswehr durch gezielte
- 15 Maßnahmen zu fördern, u. a. durch öffentliche Gelöbnisse, eine stärkere Präsenz im
- 16 Alltag sowie die bessere Integration in das Bildungssystem,
- 17 6. auf nationaler und europäischer Ebene für eine zeitgemäße sicherheitspolitische
- 18 Kultur einzutreten, die Wehr- und Dienstplichten als Teil demokratischer und
- 19 staatsbürgerlicher Verantwortung versteht, und

20 7. den zivilen Bevölkerungsschutz umfassend zu stärken, insbesondere durch Ausbau und
21 Modernisierung von Katastrophenschutzstrukturen, Ausbildung und Ausstattung
22 ehrenamtlicher Helfer sowie durch eine engere Verzahnung mit den Bereichen
23 Wehrdienst und Zivilschutz. Diese Strukturen sind durch regelmäßige gemeinsame
24 Übungen zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

25 **Begründung:**

26 Die Sicherheitslage Deutschlands und Europas hat sich seit dem russischen Angriffskrieg auf
27 die Ukraine fundamental verändert: Die Jahrzehnte der sogenannten "Friedensdividende"
28 sind vorbei. Die Bedrohung durch ein zunehmend aggressiv auftretendes Russland ist real und
29 wird sich nach Einschätzung internationaler Militärexperten in den kommenden Jahren weiter
30 zuspitzen.

31 Ein glaubwürdiges Abschreckungspotenzial ist daher unverzichtbar. Es bedarf nicht nur
32 moderner bedarfsgerechter Ausrüstung, sondern vor allem ausreichenden und gut
33 ausgebildeten Personals in der Bundeswehr. Der aktuelle freiwillige Wehrdienst wird – trotz
34 guter Ansätze – nicht ausreichen, um den Personalbedarf zu decken.

35 Die Wiedereinführung eines verpflichtenden Wehrdienstes stellt ein starkes
36 sicherheitspolitisches Signal an unsere Partner in der NATO und EU, aber auch an potenzielle
37 Gegner wie Russland dar: Deutschland ist wehrhaft und bereit, seine Freiheit und
38 demokratische Ordnung zu verteidigen.

39 Zugleich stärkt der Wehrdienst den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Bewusstsein
40 junger Menschen für Verantwortung und Gemeinwohl. Sie verankert die Bundeswehr wieder
41 stärker in der Mitte der Gesellschaft.

42 Die Wehrpflicht ist im Grundgesetz (Art. 12a GG) verankert und wurde 2011 lediglich
43 ausgesetzt, nicht abgeschafft. Die damit einhergehende Auflösung der Strukturen (z. B.
44 Musterung, Ausbildung, Kaserneninfrastruktur) war politisch nachvollziehbar, aber angesichts
45 der veränderten Weltlage rückblickend problematisch. Die notwendige Wiederherstellung
46 solcher Strukturen muss zügig und planvoll angegangen werden.

47 Gleichzeitig und gleichrangig muss der Schutz der Zivilbevölkerung im Krisen- und
48 Verteidigungsfall massiv verbessert werden. Der Bevölkerungsschutz – als integraler
49 Bestandteil nationaler Sicherheitsvorsorge – benötigt moderne Ausrüstung, leistungsfähige
50 Koordinierungsstrukturen und ausreichendes Personal sowie das regelmäßige Überprüfen der
51 Strukturen und Maßnahmen mittels realitätsnaher Übungen. Die Verzahnung von
52 militärischer Verteidigung und ziviler Resilienz ist entscheidend für die
53 Gesamtverteidigungsfähigkeit unseres Landes.

54 Eine effektive, glaubwürdige Landes- und Bündnisverteidigung ist nicht allein durch Geld und
55 Technik zu gewährleisten – sie braucht auch Menschen, die bereit sind zu dienen. Die Zeit der
56 Denkverbote ist vorbei. Wenn der freiwillige Dienst nicht ausreicht, muss die Pflicht folgen.

Empfehlung der Antragskommission:

C 12 Annahme mit Änderung Nr.6. in den Wortlaut „6. auf nationaler und europäischer Ebene für eine zeitgemäße sicherheitspolitische Kultur einzutreten, die Wehr- und Dienstpflichten

als Teil demokratischer und staatsbürgerlicher Verantwortung unter Einbeziehung der Überlegungen zur Einrichtung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres versteht, ...“

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Kreisvorstand der Senioren-Union der CDU Böblingen

Wiedereinführung der Wehrpflicht

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der Koalition die Wiedereinführung der
2 Wehrpflicht durchzusetzen. Dies ist für unser Land überlebenswichtig! Nur dann können wir
3 auch morgen in Freiheit leben!

4 **Begründung:**

5 1. Die Wehrpflicht hat in Deutschland eine lange Tradition. Seit Bestehen der Bundeswehr
6 trug sie dazu bei, dass aus dem Kalten Krieg kein heißer wurde. Die Abschreckung hat
7 funktioniert.

8 Die Wehrpflicht muss deshalb so schnell wie möglich wieder eingeführt und den
9 Anforderungen unserer Zeit angepasst werden.

10 2. Wir brauchen endlich eine Bundeswehr, die der Aufgabe, unser Land zu verteidigen, auch
11 gerecht werden kann. Dies entspricht den Herausforderungen unserer Zeit.

12 3. Als Bürger dieses Landes hat man nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Dazu gehört
13 auch, bereit zu sein, sein Land zu verteidigen.

14 4. Wir müssen uns endlich auf uns selbst besinnen! Wir brauchen ein neues
15 Selbstbewusstsein und eine neue Einstellung zum Militär.

16 5. Das Einzige, was Aggressoren beeindruckt, sind die Fähigkeit und die Bereitschaft sich
17 gegen ihn zu verteidigen.

18 6. Ein Land kann man nicht nur mit Waffen verteidigen. Wir brauchen auch Soldaten. Die
19 Bundeswehr ist viel zu klein. 185000 Soldatinnen und Soldaten und eine
20 Mobilisierungsreserve von 30000 Reservisten sind viel zu wenig, um einen Aggressor von
21 einem Angriff abzuhalten. Zum Vergleich: Die alte Bundesrepublik hatte ein Heer von
22 495.000 Mann, obwohl sie mit 62 Millionen Einwohnern viel kleiner war als das heutige
23 Deutschland. Zusammen mit der Mobilisierungsreserve kam man auf 1,3 Millionen
24 Soldaten, auf die man im Ernstfall hätte zurückgreifen können. Dieser Ernstfall trat (auch
25 wegen der Wehrpflicht!) nicht ein. Hinzu kamen die Soldaten der Alliierten. Auch diese
26 stehen heute nicht mehr zur Verfügung.

27 7. Die USA fällt als Schutzmacht weg.

- 28 8. Deutschland besitzt keinen atomaren Schutzschild.
29 9. Wie die letzten Jahre gezeigt haben, ist es nicht möglich, genügend Freiwillige für den
30 Dienst an der Waffe zu gewinnen. Die Bundeswehr schrumpft und ist überaltert.
31 10. Die Wehrpflicht wurde im Jahre 2011 nur ausgesetzt, um bei einer entsprechenden
32 Bedrohungslage wieder eingeführt zu werden.
33 **Wann ist eine solche Bedrohungslage gegeben, wenn nicht jetzt?!**

Empfehlung der Antragskommission:

C13 mit Annahme C12 erledigt.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Kreisvorstand der Senioren-Union der CDU Olpe

Recht auf analogen Zugang gewährleisten

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert die CDU Deutschlands und ihre Mandatsträger
- 2 im Deutschen Bundestag auf, sich dafür einzusetzen, dass für alle Verwaltungsleistungen
- 3 sowie notwendigen Leistungen des täglichen Lebens die Wahlfreiheit zwischen digitalem und
- 4 analogem Zugang besteht. Darüber hinaus dafür, dass gesetzliche Regelungen klarstellen, dass
- 5 im täglichen Leben Preise bzw. Vertragsgestaltungen nicht ausschließlich an die digitalen
- 6 Fähigkeiten oder Möglichkeiten der Kunden gekoppelt werden dürfen.
- 7 Die zunehmende Digitalisierung schafft in der Verwaltung Erleichterungen und Ersparnisse.
- 8 Andererseits werden jedoch hierdurch ältere, kranke, behinderte und ärmere Menschen sehr
- 9 stark benachteiligt und ausgegrenzt, da ihnen der Zugang durch das Tempo dieser
- 10 technologischen Entwicklung und die Technik verwehrt wird.
- 11 Was machen die knapp vier Millionen Menschen jenseits der 80, die laut
- 12 Bundesseniorenministerium keinen Zugang zum Internet haben?
- 13 Hierauf müssen die Gesellschaft und der Staat auf allen Ebenen reagieren. Die Kommunikation
- 14 dieser Menschen mit Behörden muss für alle Bürger und Bürgerinnen hinsichtlich des
- 15 Mediums der Kommunikation grundsätzlich diskriminierungs- und damit wahlfrei sein.
- 16 Wir fordern deshalb: Sowohl Verwaltungsleistungen sowie notwendige Leistungen des
- 17 täglichen Lebens u.a. Strom und Telekommunikation dürfen nicht ausschließlich nur über
- 18 einen digitalen Zugang angeboten werden. Anders als unternehmensbezogene müssen
- 19 personenbezogene (Verwaltungs-) Leistungen sowohl über einen digitalen wie einen analogen
- 20 Zugang möglich sein. Steht eine solche „Auffanglösung“ nicht zu Verfügung, ist der allgemeine
- 21 Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3, Absatz 1 des Grundgesetzes gefährdet.
- 22 Wir fordern den Gesetzgeber auf, dafür Sorge zu tragen, dass diese Wahlfreiheit für alle
- 23 notwendigen Leistungen des staatlichen Handelns sichergestellt wird.
- 24 Darüber hinaus fordern wir gesetzliche Regelungen, die klarstellen, dass im täglichen Leben –
- 25 beispielsweise im Einzelhandel und bei lebensnotwendigen Leistungen – Preise bzw.
- 26 Vertragsgestaltungen nicht an die digitalen Fähigkeiten oder Möglichkeiten der Kunden
- 27 gekoppelt werden dürfen.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Berlin

Generationengerechte Daseinsvorsorge im digitalen Zeitalter sicherstellen

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Die Bundesregierung hat eine Beschleunigung der Digitalisierung Deutschlands beschlossen.
2 Die Senioren-Union setzt sich für eine generationengerechte Gestaltung der Daseinsvorsorge
3 im digitalen Zeitalter ein. Ältere Menschen dürfen durch den fortschreitenden digitalen
4 Wandel nicht vom Zugang zu zentralen Dienstleistungen ausgeschlossen werden. Wir fordern
5 daher ein bundesweites Maßnahmenpaket zur Sicherung digitaler Teilhabe älterer Menschen
6 und zur Stärkung analoger Grundversorgungsangebote.
- 7 **Begründung:**
- 8 Mobile Grundversorgung ausbauen:
- 9 • Einführung von „Digitalbussen“ als Serviceangebot zur wohnortnahen Erreichbarkeit
 - 10 von Bank-, Post- und Bürgerdiensten in Stadtteilen mit hohem Seniorenanteil.
 - 11 • Förderung von Kooperationen zwischen Dienstleistern (z. B. Stadtwerke, Banken, Post,
 - 12 Behörden), um wohnortnahe Servicestellen in öffentlich zugänglichen Einrichtungen
 - 13 (Seniorenzentren, Nachbarschaftshäuser, Pflegeeinrichtungen) zu schaffen.
- 14 Digitale Teilhabe durch „Digitalstützpunkte“ fördern:
- 15 • Einrichtung betreuter Stationen in kommunalen Einrichtungen, an denen Bürgerinnen
 - 16 und Bürger digitale Dienstleistungen (z. B. Verwaltungsportale, Online-Banking,
 - 17 Postdienste) mit Unterstützung geschulter Helferinnen und Helfer sicher nutzen
 - 18 können.
 - 19 • Einsatz von Personal, das zur Vertraulichkeit verpflichtet und für die spezifischen
 - 20 Bedarfe älterer Nutzer geschult ist.
- 21 Schulungs- und Bildungsangebote stärken:
- 22 • Ausbau niedrigschwelliger Schulungsangebote mit Praxisbezug – etwa zur Nutzung von
 - 23 Bürgerportalen, Energie-Apps oder Online-Kommunikation mit Behörden und
 - 24 Versorgern.

25 • Gewinnung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Multiplikatorinnen und
26 Multiplikatoren zur langfristigen Verankerung digitaler Kompetenzen bei älteren
27 Menschen sowie deren Lebensumfeld.

28 Faire Rahmenbedingungen sicherstellen:

29 • Keine Benachteiligung bei der Nutzung papierbasierter oder analoger Verfahren, z. B.
30 durch höhere Gebühren.

31 • Einführung von gesetzlichen Mindeststandards zur digitalen Erreichbarkeit
32 öffentlicher und privatwirtschaftlicher Grundversorger.

33 Kooperation mit Infrastruktur- und Versorgungsunternehmen:

34 • Verpflichtung zur Bereitstellung barrierearmer, verständlicher und analog
35 zugänglicher Kommunikationskanäle – telefonisch, schriftlich oder persönlich.

36 • Ergänzende Unterstützungsangebote beim Zugang zu digitalen Kundenportalen.

37 Schlussbemerkung

38 Digitalisierung darf keine Hürde für die Teilhabe älterer Menschen sein. Was heute Älteren
39 hilft, stärkt morgen den Zugang für viele – auch in einer Gesellschaft mit wachsender Vielfalt
40 und unterschiedlichem Zugang zu Technik. Die Senioren-Union und die CDU stehen für eine
41 Daseinsvorsorge, die alle Bürgerinnen und Bürger mitnimmt.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Sachsen-Anhalt

Recht auf analoges Leben sichern

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Bei aller Einsicht in den verstärkten Ausbau der Digitalisierung ist es erforderlich, aus Sicht der
- 2 älteren Generation auch analoge Strukturen zu erhalten.
- 3 Der Bundesvorstand der Senioren – Union der CDU Deutschlands wird beauftragt, sich beim
- 4 CDU – Bundesvorstand sowie bei der CDU/CSU - Bundestagsfraktion dafür einzusetzen, dass
- 5 beim Ausbau der Digitalisierung analoge Strukturen nicht verloren gehen.
- 6 **Begründung:**
- 7 Viele ältere Menschen und oft nicht nur die, sind mit der zunehmenden Digitalisierung
- 8 überfordert, sind dadurch mitunter hilflos und fühlen sich ausgeschlossen. Es geht dabei nicht
- 9 nur um das Beherrschen der digitalen Systeme, sondern auch um die fehlende Technik und
- 10 den unzureichenden intellektuellen Voraussetzungen. Deshalb sollte, zumindest für einen
- 11 begrenzten Zeitraum, die erforderlichen analogen Strukturen erhalten bleiben. Das sind wir
- 12 vielen Älteren schuldig

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

C17

20. Bundesdelegiertenversammlung 2025



Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Mecklenburg-Vorpommern

Das Zahlungsmittel „Bargeld“ bei allen Geschäften der täglichen Daseinsvorsorge erhalten

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Der Delegiertentag möge beschließen, dass die CDU-Fraktion im Bundestag aufgefordert wird,
- 2 dass das Zahlungsmittel „Bargeld“ von allen Geschäften für die tägliche Daseinsvorsorge
- 3 erhalten bleibt.
- 4 **Begründung:**
- 5 **1.** Für viele ältere Menschen ist der Umgang mit den elektronischen Zahlungsmitteln
- 6 nicht gewollt. Sie verfügen teilweise gar nicht über die entsprechende Technik
- 7 **2.** In einer Zeit, in der Cyberangriffe leider immer wieder vorkommen, muss es möglich
- 8 sein mit Bargeld Einkäufe des täglichen Bedarfs zu tätigen.
- 9 **3.** Menschen, die Schwierigkeiten mit dem Umgang mit Geld haben, können mit Bargeld
- 10 leichter ihre Mittel kontrollieren. Ist die Geldbörse leer ist das Geld alle!
- 11 **4.** Kinder lernen den Wert des Geldes im Umgang mit Bargeld besser einzuschätzen.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Baden-Württemberg

Beibehaltung von Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Die Senioren-Union Deutschlands spricht sich für die Beibehaltung von Bargeld in Scheinen
- 2 und Münzen als gesetzliches Zahlungsmittel aus.
- 3 Darüber hinaus spricht sich die Senioren-Union Deutschland dafür aus, dass überall dort, wo
- 4 der Bürger keine oder nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten hat, sich als Verbraucher für
- 5 unterschiedliche Anbieter zu entscheiden (öffentlicher Nahverkehr, öffentliche Verwaltung,
- 6 Verwaltung, Anbieter von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge etc.), die Pflicht zur
- 7 Annahme von Bargeld unterhalb einer Wertgrenze von mindestens 100 Euro gesetzlich
- 8 verankert wird.
- 9 Für die Zahlung von Beträgen oberhalb dieser Grenze von nicht unter 100 Euro ist eine
- 10 gesetzliche Pflicht zur Annahme von Zahlungen zu verankern, die nicht an ein digitales
- 11 Endgerät gebunden sind.
- 12 **Begründung:**
- 13 Erfolgt ggf. mündlich

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Intensivierung zur Prävention, Aufklärung und Suchtbekämpfung bei Alkoholkonsum

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert die CDU Deutschlands und ihre
2 Mandatsträger in Bundestag und Bundesrat auf, Maßnahmen der Suchtprävention,
3 Aufklärung über die gesundheitlichen Gefahren des Alkoholkonsums sowie für die
4 Unterstützung von Suchthilfeeinrichtungen zu intensivieren.

5 **Begründung:**

6 Der Konsum alkoholischer Getränke gehört in Deutschland zum Alltag, birgt aber erhebliche
7 gesundheitliche und gesellschaftliche Risiken. Alkoholmissbrauch ist eine der häufigsten
8 vermeidbaren Todesursachen und belastet unser Gesundheitssystem, das soziale Umfeld
9 sowie die öffentliche Sicherheit. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene sind durch
10 frühzeitigen und exzessiven Alkoholkonsum gefährdet. Aber auch im Alter stellt riskanter
11 Alkoholkonsum ein wachsendes Problem dar. Die sozialen und gesundheitlichen Folgen
12 betreffen alle Generationen. Ein solcher Schritt ist nicht nur gesundheitspolitisch sinnvoll,
13 sondern auch ein Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung gegenüber gefährdeten
14 Gruppen und nachfolgenden Generationen. Die Senioren-Union sieht hierin einen wichtigen
15 Beitrag zum Schutz der Gesundheit und zur langfristigen Stärkung unseres solidarisch
16 finanzierten Gesundheitswesens.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Keine Toleranz für die Legalisierung von Cannabis

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert die Bundesregierung sowie alle CDU-
2 Mandatsträgerinnen und -Mandatsträger im Deutschen Bundestag und im Bundesrat auf, sich
3 mit Nachdruck für die Rücknahme der Cannabis-Legalisierung einzusetzen und die dafür
4 erforderlichen Schritte unverzüglich einzuleiten.

5 **Begründung:**

6 Die erfolgte Teillegalisierung von Cannabis stellt aus Sicht der Senioren-Union eine erhebliche
7 Gefahr für Gesundheit, Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Medizinische
8 Fachkreise und wissenschaftliche Institute haben wiederholt und eindeutig vor den Folgen
9 gewarnt. Dennoch wurden diese Stimmen von der damaligen Bundesregierung weitgehend
10 ignoriert.

11 Der renommierte Hirnforscher Prof. Dr. Martin Korte (Technische Universität Braunschweig)
12 warnt eindringlich: Regelmäßiger Cannabiskonsum bei Jugendlichen beeinträchtigt
13 nachweislich kognitive Fähigkeiten wie Planungsvermögen, Problemlösungskompetenz und
14 Impulskontrolle. Darüber hinaus können gravierende psychische Störungen wie
15 Halluzinationen und Psychosen ausgelöst werden.

16 Eine Studie der University of Western Australia weist zudem auf mögliche genetische Risiken
17 hin: Cannabis enthält toxische Substanzen, die das Erbgut schädigen können – mit
18 potenziellen Folgen für künftige Generationen. Diese Risiken gehen damit weit über den
19 einzelnen Konsumenten hinaus.

20 Die Legalisierung war ein gesundheitspolitischer Irrweg. Die damalige Bundesregierung hat im
21 Interesse einer lautstarken Minderheit schwere Nebenwirkungen in Kauf genommen –
22 zulasten des Gemeinwohls. Die Hoffnung, mit der Freigabe den Schwarzmarkt wirksam
23 einzudämmen, hat sich bislang nicht erfüllt. Ebenso bleiben zahlreiche rechtliche und
24 sicherheitsrelevante Fragen, etwa zu Auswirkungen im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz,
25 weiterhin ungelöst.

26 Die Senioren-Union fordert daher:

- 27 • Die sofortige Rücknahme der Cannabis-Legalisierung,
28 • eine gezielte Aufklärungskampagne,
29 • und eine langfristige Präventionsstrategie zum Schutz unserer Kinder und
30 Jugendlichen.
- 31 Die Gesundheit der kommenden Generationen darf nicht dem politischen Zeitgeist geopfert
32 werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Stärkere Unterstützung und Ausbau von Angeboten zur Bekämpfung von Suchtgefahren bei älteren Menschen

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert von der Bundesregierung, den
2 Landesregierungen und den kommunalen Trägern eine stärkere Unterstützung sowie den
3 bedarfsgerechten Ausbau von Angeboten zur Bekämpfung von Suchtgefahren bei älteren
4 Menschen. Dabei sind insbesondere folgende Maßnahmen umzusetzen:
- 5 • Ausbau ambulanter Versorgungsangebote, insbesondere von Tageskliniken zur
6 Suchtbehandlung älterer Menschen,
 - 7 • Stärkere Förderung sozialraumorientierter Maßnahmen gegen Einsamkeit, zum
8 Beispiel durch Freizeitangebote, digitale Begegnungsräume, Gruppenaktivitäten oder
9 ehrenamtlich begleitete Programme,
 - 10 • Einrichtung und Stärkung spezialisierter Facheinrichtungen, die auf
11 Suchterkrankungen im Alter ausgerichtet sind,
 - 12 • Bessere Koordination und Verzahnung zwischen ärztlicher Versorgung, Pflege,
13 psychosozialer Betreuung und Suchtberatung, um einen nahtlosen Übergang und eine
14 umfassende Begleitung zu gewährleisten.

15 **Begründung:**

16 Suchtprobleme bei älteren Menschen – insbesondere der Missbrauch von Alkohol und
17 verschreibungspflichtigen Medikamenten – stellen ein wachsendes, aber weitgehend
18 verdrängtes Gesundheitsproblem dar. Studien und Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass
19 Substanzgebrauchsstörungen bei über 60-Jährigen zu den am schnellsten zunehmenden
20 Erkrankungen im geriatrischen Bereich zählen.

21 Trotz dieser alarmierenden Entwicklung wird der Substanzmissbrauch im Alter nach wie vor
22 unterschätzt, tabuisiert oder ignoriert. Gründe dafür sind unter anderem:

- 23 • eine hohe Schamgrenze und Zurückhaltung bei älteren Menschen, professionelle Hilfe
24 in Anspruch zu nehmen,

- 25 • die Fehlannahme, dass sich eine Therapie im hohen Alter nicht mehr „lohne“,
26 • mangelnde Aufklärung im medizinischen und pflegerischen Bereich sowie
27 • das Fehlen niedrigschwelliger und altersgerechter Hilfsangebote.
- 28 Zudem wirkt Einsamkeit als wichtiger Risikofaktor für die Entwicklung von Suchtverhalten im
29 Alter. Prävention und frühzeitige Intervention können hier nicht nur individuelles Leid
30 verhindern, sondern auch langfristig Gesundheits- und Pflegekosten senken.
- 31 Die Senioren-Union setzt sich daher für eine entschlossene gesundheitspolitische und
32 gesellschaftliche Offensive gegen die Suchtgefahren im Alter ein. Ältere Menschen haben
33 Anspruch auf die gleiche Aufmerksamkeit, Therapie und Unterstützung wie alle anderen
34 Altersgruppen auch.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

20. Bundesdelegiertenversammlung 2025



Antrag

Antragsteller:

Kreisvorstand der Senioren-Union im CDU-Kreisverband Bielefeld

Automatische Mitgliedschaft in der Senioren-Union der CDU

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Die Mitgliedschaft in der Senioren-Union der CDU Deutschlands wird mit der Mitgliedschaft in der CDU
- 2 ab dem 60 Lebensjahr erworben, es sei denn, das Mitglied erklärt ausdrücklich, nicht Mitglied der
- 3 Senioren-Union werden zu wollen.
- 4 *) Ein Mitgliedsbeitrag ist freiwillig.
- 5 **Begründung:**
- 6 Die Senioren-Union erfüllt neben politischen Aufgaben auch die Funktion, sozialer Treffpunkt
- 7 langjähriger verdienster CDU-Mitglieder zu sein. Warum diese anders behandelt werden sollen
- 8 als die Gruppe der Frauen in unserer Partei, entzieht sich einer rationalen Erklärung.
- 9 *) (Interner Hinweis: Das ist die wortwörtliche Transkription aus der Satzung der Frauen
- 10 Union.)

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung zur weiteren Beratung an den Bundesvorstand der Senioren-Union.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union Mecklenburg-Vorpommern

Automatische Mitgliedschaft in der Senioren-Union

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Der Bundesvorstand der Senioren-Union wird beauftragt, sich dafür beim Bundesvorstand der
2 CDU einzusetzen, dass künftig alle Mitglieder der CDU, die das 60. Lebensjahr erreicht haben,
3 automatisch Mitglied der Senioren Union werden.

4 Zur Finanzierung der politischen Arbeit der Senioren Union soll deshalb für Mitglieder der CDU
5 kein gesonderter Beitrag erhoben werden; stattdessen soll vom Mitgliedsbeitrag der CDU ein
6 Betrag i.H.v. 0,50€ an die Senioren Union abgeführt werden. Für Mitglieder der Senioren
7 Union, die nicht der CDU angehören soll der Beitrag gem. Beitragsordnung erhalten bleiben.

8 **Begründung:**

9 Deutlich mehr als 50% der Mitglieder der CDU sind älter als 60 Jahre, ebenso ist festgestellt,
10 dass das Wählerpotential der CDU zum größten Teil in der gleichen Altersgruppe zu finden ist.
11 Damit wir diesen beiden Gruppen in und mit unserer politischen Arbeit gerecht werden
12 können und künftige Wahlen weiterhin positiv für uns beeinflussen können, ist es zwingend
13 erforderlich, dass die Senioren Union sowohl personell als auch finanziell auf eine solidere
14 Basis gestellt wird.

Empfehlung der Antragskommission:

15 Überweisung zur weiteren Beratung an den Bundesvorstand der Senioren-Union.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Kreisvorstand der Senioren-Union der CDU Main-Tauber-Kreis

Beteiligung der Basis

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Die Senioren-Union Deutschland soll in Zukunft ihre Basis (Kreisvorstände) je nach Aktualität
- 2 jährlich über mindestens zwei wichtige politische Themen abstimmen lassen.
- 3 Die jeweiligen Beschlüsse werden in Schriftform an die Bundesgeschäftsstelle der
- 4 Seniorenunion gemeldet und dort zusammengeführt. Der Bundesvorstand erhält so ein
- 5 Meinungsbild der Basis, das an die Spitze der CDU weitergeleitet wird.
- 6 Alle Kreisvorstände der Senioren-Union können Themenvorschläge einbringen, über die
- 7 abgestimmt werden soll. Der Bundesvorstand entscheidet, über welche Fragen abgestimmt
- 8 wird.

9 **Begründung:**

- 10 1. Dieses Verfahren bezieht die Mitglieder mit ein. Das gibt deren Mitgliedschaft mehr Sinn
- 11 und sorgt für politische Diskussionen an der Basis. Das Wissen an der Basis ist immens. Es
- 12 sollte besser zur Lösung der aktuellen Probleme einbezogen werden.
- 13 2. Die Beschlüsse der Senioren-Union erhalten eine breitere Basis. Dadurch bekommen sie
- 14 mehr Gewicht.
- 15 3. Die Senioren-Union unterstützt damit unsere Partei hinsichtlich einer sinnvollen Beteiligung
- 16 der Basis und weist damit den Weg in eine erfolgreiche Zukunft.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung zur weiteren Beratung an den Bundesvorstand der Senioren-Union.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Kreisvorstand der Senioren-Union der CDU-Kreisverband Ludwigsburg

Demokratiefördergesetz. Stärkung der Demokratie

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Die Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen, den
2 Staatsminister und Beauftragten für Kultur und Medien aufzufordern, das
3 Demokratiefördergesetz neu zu fassen und in den Bundestag einzubringen. Eine wehrhafte
4 Demokratie benötigt mehr Geschichtsbewusstsein und positive sowie emotionale
5 Identifikationsmöglichkeiten für die Bürger.

6 **Begründung:**

7 Die Begründung des Demokratiefördergesetzes konzentriert sich zu stark auf die Bekämpfung
8 extremistischer und demokratiefeindlicher Tendenzen.

9 Diese übertriebene defizitorientierte Ausrichtung muss dringend ergänzt werden durch die
10 Vermittlung wichtiger positiver Bezüge zur deutschen Demokratiegeschichte.

11 Eine resiliente Demokratie braucht nicht nur Abwehr, sondern auch Identifikation: u.a. mit
12 unserer Verfassung, den Grundrechten und historischen Errungenschaften.

13 Es fehlt bislang ein starkes positives Demokratie-Narrativ, das Mut macht, Zuversicht
14 vermittelt und Orientierung bietet.

15 Vorbilder wie die Parlamentarier der Paulskirche, Freiheitskämpfer und
16 Freiheitskämpferinnen des 19. Jahrhunderts und die Initiatorinnen sowie Initiatoren der
17 friedlichen Revolution von 1989 zeigen: Demokratie ist gestaltbar - und lohnenswert.

18 Deshalb müssen die Förderprogramme neu ausgerichtet werden: hin zu einer Stärkung der
19 Demokratie durch Bildung, die auch ihre historischen Wurzeln und Erfolge deutlich sichtbar
20 macht, wie es bereits die CDU-geführte Bundesregierung im Jahre 2021 in einem
21 Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte
22 beschrieben hat.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU-Bremen

Hilfe für pflegende Angehörige durch Entbürokratisierung

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Zur Entlastung pflegender Angehöriger wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert,
- 2 eine Gesetzes-Initiative zur Entbürokratisierung der umfangreichen Vorschriften zu ergreifen.
- 3 **Begründung:**
- 4 Über 80% der Pflegebedürftigen werden aufopfernd mit großem Aufwand von Angehörigen
- 5 versorgt.
- 6 Damit leisten pflegende Angehörige einen unschätzbaren Beitrag zur Gesellschaft, indem sie
- 7 ihre Zeit, ihre Energie und Fürsorge investieren, um ihre Liebsten zu unterstützen. Doch häufig
- 8 werden sie durch bürokratische Hürden extrem belastet, die wertvolle Zeit rauben und
- 9 zusätzlichen Stress verursachen.
- 10 Das kann durch Abbau von Bürokratie verhindert werden.
- 11 Schritte zur Entlastung pflegender Angehöriger von bürokratischen Vorgaben könnten sein:
- 12 1. Digitale Plattformen für Pflegeunterstützung
- 13 Einführung zentraler Online-Portale, in denen alle relevanten Informationen, Anträge und
- 14 Hilfsangebote einfach zugänglich sind.
- 15 Automatische Vorfürsorgung von Formularen, basierend auf gespeicherten Daten, um den
- 16 Prozess zu beschleunigen.
- 17 2. Vereinfachte Dokumentation
- 18 Reduktion der Pflege-Dokumentationspflichten auf wesentliche Informationen. Verwendung
- 19 von einheitlichen und leicht verständlichen Vorlagen, die in Papier- oder digitaler Form
- 20 verfügbar sind.
- 21 3. Koordinierte Beratungsstellen
- 22 Einrichtung von regionalen Anlaufstellen, die persönliche Unterstützung bieten, um durch den
- 23 Bürokratiedschungel zu navigieren.
- 24 Bereitstellung von Pflegeberatern, die bei der Beantragung von Leistungen und Förderungen
- 25 helfen.
- 26 4. Mehrsprachige und barrierefreie Informationen

27 Bereitstellung aller Dokumente und Leitfäden in einfacher Sprache, um die Zugänglichkeit zu
28 gewährleisten.

29 5. Regelmäßige Überprüfung der Vorschriften

30 Einführung von Auditprozessen, um bestehende Pflegevorschriften auf ihre Praxistauglichkeit
31 zu überprüfen.

32 Streichung veralteter oder unnötig komplizierter Vorgaben.

33 6. Automatisierte Kommunikation zwischen Behörden

34 Bessere Vernetzung zwischen Pflegekassen, Ämtern und Pflegeeinrichtungen, um den
35 Datenaustausch zu optimieren und Doppelerfassungen zu vermeiden.

36 **Begründung:**

37 Eine systematische Entbürokratisierung und Vereinfachung der Pflegevorschriften sind
38 unverzüglich und dringend notwendig, um pflegende Angehörige zu unterstützen und ihnen
39 Zeit und Energie für das Wesentliche zurückzugeben, nämlich die Pflege ihrer Liebsten.

40 Durch den Einsatz moderner Technologien, klarer Strukturen und umfassender Beratung kann
41 der Pflegealltag deutlich erleichtert werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Verweisung an den Bundesvorstand der Senioren-Union mit dem Auftrag, zur umfassenden Beratung und Beschlussfassung eine Kommission aus sachkundigen Mitgliedern zu bilden, die bis Mitte 10/2025 einen Vorschlag zur Weiterleitung an die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren Union der CDU Bremen

**Einrichtung einer Bundesagentur für
Senioren/Seniorenzentren, zur gezielten Unterstützung von
Senioren in allen Lebenslagen**

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Zur gezielten Unterstützung von Senioren wird die Bundestagsfraktion der CDU/CSU
2 aufgefordert, die verpflichtende, bundesweite Einrichtung von Seniorenagenturen (ähnlich
3 wie z. B. die Bundesagenturen für Arbeit), gesetzlich zu verankern.

4 **Begründung:**

5 Der Anteil der Senioren an der deutschen Bevölkerung beträgt rd. 25%: Tendenz steigend. Ihre
6 Bedeutung liegt aber nicht nur in der Anzahl, sondern auch in ihrer gesellschaftlichen Rolle.
7 So sind in Deutschland 77 % der über 65jährigen in vielen, meist ehrenamtlichen Funktionen
8 aktiv. Damit leisten sie einen maßgeblichen Beitrag für die Gesellschaft. Sie sind auch
9 Konsumenten und sind mittlerweile die stärkste Wählergruppe. Senioren sorgen mit dafür,
10 dass „der Laden“ läuft. Sie sind damit systemrelevant und für die Gesellschaft unverzichtbar.

11 Für die Senioren gibt es eine große Anzahl von gesetzlichen Vorgaben, die man als
12 multidimensionales Labyrinth bezeichnen kann. Selbst um die Öffnungszeiten der vielen
13 unterschiedlichen „zuständigen“ Dienststellen zu verstehen, muss man studiert haben.

14 Zur Erleichterung des Lebens der älteren Bevölkerung sollen deshalb Seniorenagenturen
15 eingerichtet werden, die in allen altersspezifischen Fragen und Lebenslagen, wie
16 Antragswesen, Digitalisierung, Rechte, Renten, Gesundheit, Pflege, Einsamkeit, Finanzen,
17 Mobilität, Wohnen, Sport, Kultur etc., beraten und helfen. Dieser „Service aus einer Hand“
18 muss in einer zentralen und gut erreichbaren Anlaufstelle angesiedelt werden.

19 Die Umsetzung hängt stark von politischen Entscheidungen ab, von den finanziellen
20 Ressourcen allerdings nicht.

21 Die Beratungs- und Unterstützungsleistungen werden ja auch jetzt schon erbracht, allerdings
22 durch eine unübersichtliche Vielzahl von unterschiedlichen behördlichen und
23 nichtbehördlichen Stellen.
24 Die Aufgaben und die damit betrauten Bediensteten müssen nur in der Weise neu organisiert
25 und strukturiert werden, dass alles aus der Agentur heraus, also aus einer Hand, geleistet
26 werden kann. Es würde zwar eine neue Struktur entstehen, aber gleichzeitig werden
27 vorhandene Strukturen entlastet.
28 Somit könnten die Seniorenagenturen weitestgehend kostenneutral eingerichtet werden.
29 Fazit:
30 Nur durch die Bündelung und Vernetzung aller seniorenspezifischen Bereiche können
31 Senioren in ihrer Selbständigkeit im Alter kompetent beraten und unterstützt werden.
32 Das Leben der Senioren würde damit wesentlich erleichtert.

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der der CDU-Nordrhein-Westfalen

Wohnen im Alter – Abbau von Bürokratie-Vorschriften für Senioren und Menschen mit Behinderungen

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Die Bundestagung der Senioren-Union der CDU Deutschlands möge beschließen:
- 2 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands setzt sich auf allen politischen Ebenen für eine
- 3 umfassende Entbürokratisierung im Bereich des senioren- und behindertengerechten
- 4 Wohnens ein. Die aktuellen gesetzlichen Vorgaben und bürokratischen Hürden erschweren
- 5 vielfach die Anpassung von Wohnraum an die Bedürfnisse älterer Menschen und Menschen
- 6 mit Behinderungen. Dies betrifft insbesondere:
 - 7 • Genehmigungsverfahren für barrierefreie Umbauten (Wohnraum im Bestand): Diese
 - 8 sind häufig langwierig und komplex, was notwendige Anpassungen verzögert und
 - 9 verteuert.
 - 10 • Zugang zu Fördermitteln: Die Beantragung von Zuschüssen für Umbaumaßnahmen ist
 - 11 durch hohe bürokratische Anforderungen erschwert und für Betroffene oft kaum
 - 12 nachvollziehbar.
 - 13 • Vorgaben für den altersgerechten Neubau: Die bestehenden baurechtlichen
 - 14 Regelungen sind in vielen Fällen nicht praxistauglich und führen zu erheblichen
 - 15 Mehrkosten.
- 16 Um diesen Herausforderungen zu begegnen, fordert die Senioren-Union:
 - 17 1. Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für barrierefreie
 - 18 Umbauten durch Standardisierung und verbindliche Fristen für
 - 19 Genehmigungsbehörden, speziell für Altbauten und Wohnungen im Bestand
 - 20 2. Erleichterter Zugang zu Fördermitteln durch transparente und digitale
 - 21 Antragsverfahren sowie eine Reduzierung der Nachweispflichten.
 - 22 3. Praxisgerechte Anpassung der baurechtlichen Vorgaben für den altersgerechten
 - 23 Neubau, um die Umsetzung seniorenrechter Wohnkonzepte zu erleichtern.

- 24 4. Bessere Vernetzung und Beratung für Betroffene, um über Fördermöglichkeiten und
25 Umbaumaßnahmen gezielt zu informieren.
- 26 5. Senkung der Bürokratielasten für Wohnungsbaugesellschaften und private Vermieter,
27 um Investitionen in barrierefreien Wohnraum attraktiver zu machen.
- 28 6. Einführung eines zentralen Ansprechpartners auf kommunaler Ebene, der Bürgerinnen
29 und Bürgern bei allen Fragen rund um barrierefreies Wohnen und Förderanträge
30 unterstützt.
- 31 Der demografische Wandel erfordert pragmatische Lösungen, die älteren Menschen und
32 Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen. Die
33 Entbürokratisierung in diesem Bereich ist ein wichtiger Schritt, um die Lebensqualität und
34 gesellschaftliche Teilhabe dieser Gruppen nachhaltig zu verbessern.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren Union der CDU Nordrhein-Westfalen

**Hitzeschutz als gesundheitspolitische und gesellschaftliche
Aufgabe – Schutz älterer Menschen vor den Folgen extremer
Temperaturen**

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert die CDU Deutschlands, ihre
2 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Bund, Ländern und Kommunen sowie die
3 zuständigen Fachministerien auf, den Hitzeschutz – insbesondere für ältere und vulnerable
4 Bevölkerungsgruppen – zu einer prioritären Aufgabe der Gesundheits- und Sozialpolitik zu
5 machen. Hierzu zählen insbesondere:
- 6 1. Die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Hitzeschutzpläne,
 - 7 2. die gezielte Förderung baulicher und technischer Maßnahmen in Pflegeeinrichtungen,
8 Krankenhäusern und Seniorenhaushalten (z. B. durch Kühlung, Beschattung,
9 Begrünung, Entsiegelung),
 - 10 3. die stärkere Einbindung von Hausärzten, Pflegediensten, Apotheken und
11 Nachbarschaftshilfen in lokale Hitzeschutzstrategien,
 - 12 4. eine bundesweite Aufklärungskampagne zum Schutz vor Hitze mit besonderem Fokus
13 auf Seniorinnen und Senioren,
 - 14 5. eine Hitzeschutz-Vorsorgepflicht in öffentlichen Einrichtungen, analog zur Pandemie-
15 Vorsorge.

16 **Begründung:**

17 Der Klimawandel ist längst auch eine Gesundheitsfrage. Die Zahl extremer Hitzetage steigt
18 deutlich, Hitzewellen treten häufiger auf und dauern länger. Besonders betroffen sind ältere
19 Menschen, chronisch Kranke und Pflegebedürftige. Studien zeigen, dass in heißen Sommern
20 tausende Hitzetote zu beklagen sind – die allermeisten davon über 75 Jahre alt.

21 Anders als bei Naturkatastrophen oder Epidemien fehlt bisher eine systematische und
22 strukturierte Hitzeschutzpolitik. Dabei ist der Handlungsbedarf akut: Viele

23 Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Wohnungen sind nicht auf Hitze vorbereitet. Der
24 demografische Wandel und die zunehmende Urbanisierung verschärfen das Problem.
25 Hitzeschutz ist Daseinsvorsorge. Er ist bezahlbar, planbar und sofort wirksam – wenn er
26 endlich zur politischen und administrativen Priorität wird. Die Senioren-Union Nordrhein-
27 Westfalen fordert daher ein umfassendes Maßnahmenpaket und eine koordinierte
28 Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen, um ältere Menschen besser zu schützen.
29 Gerade wir als Senioren-Union haben eine besondere Verantwortung, für diese
30 Herausforderung das Bewusstsein zu schärfen und konkrete Lösungen einzufordern.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren Union der CDU Nordrhein-Westfalen

**Einführung der Widerspruchsregelung bei der Organspende
– Verantwortung übernehmen, Leben retten**

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Die Senioren-Union der CDU Deutschlands fordert die CDU Deutschlands und ihre
2 Mandatsträger im Deutschen Bundestag auf, sich für die Einführung der sogenannten
3 Widerspruchsregelung bei der Organspende einzusetzen. Damit soll künftig jede volljährige
4 Person grundsätzlich als Organspenderin oder Organspender gelten, solange sie dem nicht
5 ausdrücklich widersprochen hat. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass jeder Bürger und jede
6 Bürgerin umfassend, niedrigschwellig und regelmäßig über das Widerspruchsrecht informiert
7 wird und dieses jederzeit einfach ausüben kann.

8 **Begründung:**

9 In Deutschland warten jedes Jahr tausende schwerkranke Menschen auf ein lebensrettendes
10 Organ. Viele von ihnen sterben, weil es nicht genügend Spenderorgane gibt. Trotz breiter
11 Zustimmung in der Bevölkerung zur Organspende ist die Zahl der tatsächlichen Spenderinnen
12 und Spender zu niedrig – auch, weil viele Menschen zu Lebzeiten keine Entscheidung treffen
13 oder ihre Haltung nicht dokumentieren.

14 Die derzeit geltende Entscheidungslösung hat sich als unzureichend erwiesen. Die Einführung
15 einer Widerspruchsregelung – wie sie in vielen europäischen Ländern mit deutlich höheren
16 Spenderzahlen erfolgreich praktiziert wird – ist ein wirksames Mittel, um die Zahl der
17 Organspenden zu erhöhen, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Bürgerinnen und Bürger zu
18 verletzen.

19 Niemand wird durch die Widerspruchsregelung zur Organspende gezwungen. Sie führt jedoch
20 zu einer klareren Regelung und einer höheren Verbindlichkeit. Das Ziel ist eine Kultur der
21 aktiven Solidarität, in der Leben gerettet werden kann – auch über den Tod hinaus.

22 Gerade wir als Senioren-Union tragen Verantwortung für künftige Generationen und setzen
23 uns für eine ethisch verantwortungsvolle, aber entschlossene Neuregelung ein.

Empfehlung der Antragskommission:

Kein Votum.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren Union der CDU Sachsen-Anhalt

**Sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung als
essenzielle Grundlage für wirtschaftliche**

Wettbewerbsfähigkeit und soziale Sicherheit gewährleisten

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Der Bundesvorstand der Senioren – Union der CDU Deutschlands wird beauftragt, sich beim
- 2 CDU – Bundesvorstand sowie bei der CDU/CSU - Bundestagsfraktion dafür einzusetzen, dass
- 3 im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit auch
- 4 der sozialen Absicherung der Bevölkerung die Bemühungen um eine ökonomisch, ökologisch
- 5 und sozial nachhaltige Energieversorgung intensiviert werden.
- 6 Voraussetzungen dafür sind,
- 7 1. alle Möglichkeiten der Energieangebotserhöhung auszuschöpfen
- 8 Da Wind- und Sonnenenergie wegen ihres diskontinuierlichen Anfalls weder
- 9 grundlastfähig noch regelbar sind, müssen die „Erneuerbaren“ vorerst durch alle
- 10 Möglichkeiten CO₂ - emissionsarmer Energiegewinnung unter Einbeziehung einheimischer
- 11 Quellen ergänzt werden, um unabhängiger von Witterungsbedingungen bzw. Importen zu
- 12 werden.
- 13 2. zusätzlichen Energieverbrauch zu vermeiden
- 14 Dazu sind Moratorien für das Verbrennerverbot und E-Mobilitätssubventionierung
- 15 anzustreben und das Heizungsgesetz zu reformieren.
- 16 3. den Strompreis zu verbilligen
- 17 Dazu müssen neben den unter 1. und 2. genannten Möglichkeiten Stromsteuer und
- 18 Netzentgelte gesenkt werden.
- 19 4. für die (zukünftige) Gesamtenergie- Erzeugung auf Technologieoffenheit und – diversität zu
- 20 setzen.
- 21 Dazu könnten u. a. Brennstoffzellen, klimafreundliche (CO₂-arme) Gas- und (vorläufig noch)
- 22 Kohlekraftwerke (inclusive CO₂ – Abscheidung und Fracking), Kernkraftwerke sowie

23 (langfristig) Fusionskraftwerke gehören. Die einseitige Orientierung auf Wärmepumpen und
24 Elektromobilität ist zu überdenken.

25 **Begründung:**

26 Wenn wir vorwiegend auf fluktuierend einspeisende Systeme (Sonne, Wind) setzen,
27 funktioniert das nur, wenn die täglichen sporadischen und saisonalen Versorgungslücken, die
28 unabhängig von der Zahl der Anlagen auftreten, zuverlässig geschlossen werden. Das
29 erfordert großtechnische und rentable Stromlangzeitspeicher, die aber auf absehbare Zeit
30 nicht zur Verfügung stehen.

31 Aktuell kann Versorgungssicherheit in Deutschland nur in Verbindung mit konventionellen
32 Kraftwerken (sog. „Back – up – Systemen“) gewährleistet werden. Prinzipiell kommen dafür
33 (allein oder in Kombination) in Frage:

- 34 1. Gaskraftwerke (Empfehlung der Kohlekommission 2019), die ausreichend Erdgas unter
35 Einbeziehung heimischen Vorräte (mit Fracking) erfordern.
- 36 2. Kohlekraftwerke möglichst mit billiger heimischer Kohle
- 37 3. Kernkraftwerke

38 Dabei müssen Gas- und Kohlekraftwerke mit CO₂ –Abscheidung und –Verklappung kombiniert
39 werden, um CO₂ - Emissionen zu vermeiden. Da Kernkraftwerke weitgehend CO₂ –
40 emissionsarm arbeiten und die begrenzten fossilen Rohstoffvorräte in der Industrie für
41 Stoffsynthesen langfristig benötigt werden, sind Kernkraftwerke aus Gründen der
42 Ressourceneffizienz grundsätzlich zu bevorzugen, weshalb sie vom Weltklimarat und der EU
43 auch empfohlen werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren Union der CDU Sachsen-Anhalt

Reduzierung landwirtschaftlicher Nutzflächen reduzieren und Flächenstilllegung stoppen

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Der Bundesvorstand der Senioren – Union der CDU Deutschlands wird beauftragt, sich beim
2 CDU – Bundesvorstand sowie bei der CDU/CSU - Bundestagsfraktion dafür einzusetzen, dass
3 die Zweckentfremdung landwirtschaftlicher Nutzflächen für andere Ziele (z.B. Versiegelung,
4 Industrieflächen auf der „grünen“ Wiese, Zersiedelung usw.) minimiert und die
5 Flächenstilllegung (z. B. bei sog. „Zwangsbrachen“) aufgegeben werden.

6 **Begründung:**

7 Wegen verschiedener kriegerischer Auseinandersetzungen ist es global zur Verknappung und
8 infolge der Energiekostenexplosion zur Verteuerung von Nahrungs- und Futtermitteln
9 gekommen. Weltweit drohen insbesondere in den ärmsten Ländern Hungersnöte. Unter
10 diesen Umständen ist es nicht moralisch zu rechtfertigen, dass Deutschland als ein Land mit
11 vorzüglicher naturräumlicher Ausstattung täglich ca. 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche
12 zweckentfremdet und zudem auf der Stilllegung bzw. sehr eingeschränkten Nutzung von mehr
13 als 1,2 Millionen ha Ackerfläche beharrt und durch die Drosselung der Eigenproduktion
14 (Extensivierung) sogar ein Nettoimporteur an diversen Nahrungs- und Futtermitteln ist, statt
15 Solidarität mit den Notleidenden zu zeigen. Es ist zwingend notwendig, die
16 Produktionskapazitäten zu steigern und nachhaltig zu gewährleisten. Darüber hinaus müssen
17 die landwirtschaftlichen Nutzflächen auch für die Gewinnung von Bioenergie und Rohstoffen
18 im Rahmen der Energiewende vorgehalten werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren Union der CDU Sachsen-Anhalt

Integration durch (Mit)Arbeit

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Der Bundesvorstand der Senioren – Union der CDU Deutschlands wird beauftragt, sich beim
- 2 CDU – Bundesvorstand sowie bei der CDU/CSU - Bundestagsfraktion für eine bessere
- 3 Integration von Asylbewerbern einzusetzen.
- 4 **Begründung:**
- 5 Die Dauer der Asylverfahren ziehen sich nicht selten über einen längeren Zeitraum hin.
- 6 Während dieser Zeit sind Asylbewerber zum Nichtstun verurteilt. Um die Bearbeitungszeit des
- 7 Asylantrags zu überbrücken, sollten Sie zu einer sinnvollen Tätigkeit herangezogen werden
- 8 können. Sie werden dadurch sozial integriert und leisten einen aktiven Beitrag für die
- 9 Gesellschaft. Hierdurch könnte auch ihre Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft erhöht
- 10 werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren Union der CDU Sachsen-Anhalt

Neue Züchtungsmethoden für die Landwirtschaft beschleunigen

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Der Bundesvorstand der Senioren – Union der CDU Deutschlands wird beauftragt, sich beim
2 CDU – Bundesvorstand sowie bei der CDU/CSU - Bundestagsfraktion dafür einzusetzen, dass
3 die Förderung und Anwendung neuer Züchtungsmethoden in der Landwirtschaft intensiviert
4 werden, um die Schaffung von an den Klimawandel angepasster Sorten zu beschleunigen.

5 **Begründung:**

6 Die Ernährungssicherung der wachsenden Weltbevölkerung und die Anpassung an die
7 Erderwärmung erfordern die Züchtung trocken- und dürretoleranter, nährstoffeffizienter,
8 krankheits- und schädlingsresistenter Pflanzensorten. Mit dem sog. Genom - Editing (z. B.
9 CRISPR/Cas) können derartige Züchtungen wesentlich beschleunigt werden, da sie definierte
10 und punktgenaue interne Gen - Umlagerungen ermöglichen. Solche „neue genomische
11 Techniken“ (NGT) sind durch die in Deutschland bzw. der EU geltenden Zulassungsverfahren
12 sehr erschwert, die sich vorrangig an der Zuchtmethode und nicht (wie in vielen anderen
13 Staaten) an deren Resultat orientieren. Trotz exzellenter Grundlagenforschung in der
14 Biotechnologie verlieren Deutschland und die EU deshalb zunehmend den Anschluss an die
15 globale Forschung, Entwicklung und Investitionstätigkeit auf diesem Gebiet.
16 Wissenschaftliche Akademien fordern seit Jahren produktbezogene Zulassungsverfahren.
17 Eine Reform des deutschen und EU-Gentechnikrechts ist erforderlich, um die Forschung und
18 Anwendung von NGT außerhalb der GVO - Regulierung zu regeln.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Überweisungen wie beantragt.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Kreisvorstand Senioren-Union der CDU Rhein-Kreis Neuss

Jahreskampagne der Senioren-Union Deutschlands

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 1. Die Versammlung beschließt die Durchführung einer Jahreskampagne. Art und Umfang
2 wird durch den Bundesvorstand im Einvernehmen mit den Landesverbänden unter
3 vorheriger, beratender Hinzuziehung der Bezirks- und Kreisverbände festgelegt.
- 4 2. Begleitend zur ersten Jahreskampagne findet eine Evaluation über Art, Umfang und
5 Effekt statt. Die Evaluation wird als Grundlage zur Fortführung des
6 Jahreskampagnenmodells hinzugezogen.
- 7 3. Die nächste Bundesdelegiertenversammlung nach Vorliegen der Evaluation
8 entscheidet über die Fortführung.

9 **Begründung:**

10 Als Gesamtvertretung aller Christdemokratinnen und Christdemokraten im fortgeschrittenen
11 Lebensalter vertritt die Senioren Union Deutschlands rund 43.000 Mitglieder. Wir sind aber
12 nicht nur unseren Mitgliedern, sondern unserer gesamten Gesellschaft verpflichtet und sehen
13 es als unsere Aufgabe, Impulse und Konzepte einer Öffentlichkeit zu bieten und damit den
14 gesamt-gesellschaftlichen Diskurs im Sinne eines bestgemeinten „Agenda Settings“
15 mitzugestalten.

16 Vor diesem Hintergrund wollen wir die vielfältigen Erfahrungen der Menschen in unserer
17 Senioren Union stärker einbinden. Wir müssen unsere Ressourcen und Potenziale gemeinsam
18 besser nutzen, denn das liegt in unserem und im Interesse unseres Landes und seiner
19 Bürgerinnen und Bürger.

20 Eine Möglichkeit für die stärkere Einbringung unserer Ideen und Ziele sehen wir daher in einer
21 sogenannten „Jahreskampagne“. Diese wollen wir thematisch, wie an einem bestimmten
22 Thema entlang ausrichten.

23 Die inhaltliche Vorbereitung folgt nach demokratischen Prinzipien, d.h. es werden zuerst die
24 Orts-, Stadt- und Kreisverbände um Vorschläge gebeten (von unten nach oben), dann erfolgt
25 die Weiterleitung und Koordinierung über Bezirks- und Landesverbände bis hinauf zur Bundes-
26 SU. Die SU formuliert eine eigenständige Position frei von Einflüssen der CDU/CSU zu den

27 jeweiligen Themen. Sie achtet dabei besonders auf die Meinung der Betroffenen, sie sind
28 Maßstab für die politischen Forderungen
29 Wichtig sollte hierbei sein, dass wir gesamtgesellschaftliche Themen wählen, die nicht nur
30 altersfokussiert ausgewählt werden.
31 Das Thema Rente könnte das Einstiegsthema für weitere Diskussionen sein. Hierzu liegen
32 schon etliche Ausarbeitungen und Stellungnahmen vor, die weitergereicht werden sollten.
33 Themen wie Reform der Kranken- und Pflegeversicherung können folgen.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung zur weiteren Beratung an den Bundesvorstand der Senioren-Union.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand Senioren-Union der CDU Hessen

Die Strompreisbremse für die Bürgerinnen und Bürger muss sofort kommen

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

1 Die Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union fordert die Bundesregierung und
2 den Deutschen Bundestag auf, schnellstmöglich die im Koalitionsvertrag von 2025
3 versprochene Reduzierung der Strompreise um mindestens 5 ct/kWh einzuführen. (Zeile 955
4 – 969 des Koalitionsvertrages 2025). Sie bittet den Bundesvorstand der Senioren-Union, sich
5 energisch und mit Nachdruck für die Einführung der Strompreisbremse einzusetzen.

6 **Begründung:**

7 Auch an ältere Menschen sollte die Politik denken, wenn es um finanzielle Verbesserung der
8 Lebensumstände geht. Erinnern wir uns: die 300 Euro Energiegeld haben die Rentner nur nach
9 heftiger Intervention erhalten. Die Ampel Regierung hatte die Rentner schlichtweg vergessen.
10 Bei der Inflationsausgleichsprämie von 3000 Euro wurden die Rentner und Pensionäre doppelt
11 vergessen. Eine solche Zahlung an Rentner war nicht vorgesehen. Sie hätte aus dem
12 Staatshaushalt bezahlt werden müssen. Doch diese 3000 Euro Prämie für die staatlich
13 Bediensteten ist aus den Staatskassen bezahlt worden.

14 Als dann im Sommer 2025 die Rentenanpassungen kamen, war klar, dass wegen der nicht
15 gezahlten Inflationsausgleichsbremse auch die Rentenentwicklung zwei Prozentpunkte
16 schlechter ausgefallen ist als z.B. die Anpassungen bei den Bundestagsabgeordneten.

17 Energie, also auch Strom, nimmt vor allem bei den Beziehern kleinerer Einkommen – und das
18 sind sehr viele Rentenempfänger – einen überproportionalen Anteil des Einkommens in
19 Anspruch. Die zugesagte Senkung des Strompreises ist daher auch als Sozialleistung
20 unumgänglich. Um das Vertrauen in die Politik wieder herzustellen, müssen Zusagen auch
21 eingehalten werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Überweisungen wie beantragt.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

20. Bundesdelegiertenversammlung 2025



Antrag

Antragsteller:

Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Baden-Württemberg

Familien stärken, Ehegatten-Splitting erweitern

Die 20. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union möge beschließen:

- 1 Die Senioren-Union Deutschland teilt allen Überlegungen, das Ehegatten-Splitting abzuschaffen, eine
- 2 Absage. Die Senioren-Union Deutschland fordert vielmehr die CDU Deutschlands auf, in der
- 3 Entwicklung des Grundsatzprogrammes und des Wahlprogramms zur nächsten Bundestagswahl zur
- 4 Stärkung der Familien den Einstieg in ein „Familiensplitting“ zu skizzieren, in das Kinder bis zu
- 5 Beendigung der Ausbildung genauso einbezogen werden wie Familienangehörige in Betreuung und
- 6 Pflege.

7 **Begründung:**

- 8 Erfolgt ggf. mündlich

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme und Überweisungen wie beantragt.

Votum Bundesdelegiertenversammlung:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung:

Senjoren Union **CDU**

Bundesgeschäftsstelle Senioren-Union der CDU Deutschlands • Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8 • D-10785 Berlin • Telefon 030 22070-445 •
E-Mail: seniorenunion@cdu.de • www.senioren-union.de